

Wöchentlich 50 Bl., monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,00 M. einschließlich 50 Blg. Volkseigenen- und 22 Blg. Postbestellgebühren. Zustellabonnemnt 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwerts Beleggen“, „Hoff und Ziel“ und „Kinderfreund“, „Jugendunterhaltung und Wissen“, „Jugendkammer“, „Licht“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpennige Reparatursperrfrist 50 Pfennig, Restsumme 5.— Reichsmark. „Kleine Ausgaben“ des letzten Heftes (Wort 23 Pfennig) (schlieflich zwei Heftgebühren) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stiefelgebühren der ersten Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmark 1/20 Pfennig. Familienangelegenheiten 1/40 Pfennig. Angelegenheiten im Hauptgeschick 1/20 Pfennig. wochentags von 11 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Folkshilfskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63. Dr. S. u. Disc.-Gel., Depotkassette Lindenstr. 3.

Spaltung bei Hugenberg.

Hartwig, Hülfers und Lambach werden ausgeschlossen.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat in seiner gestrigen Sitzung mit 69 gegen 9 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Herren Abgeordneten Hartwig, Hülfers und Lambach haben im Anschluß an die Abstimmung über den § 4 des Freiheitsgesetzes die nachfolgende öffentliche Erklärung abgegeben:

„Die unterzeichneten Abgeordneten haben sich in der Abstimmung zum § 4 des Volksbegehrens-Gesetzes auf Seiten des Ministers Schiele gestellt. Sie werden sich am Dienstag gelegentlich der Verhandlung des Ausschlußantrages des Parteivorstandes gegen ihren Kollegen Treviranus in der Fraktions Sitzung solidarisch an dessen Seite stellen. Sie halten fruchtbarere politische Arbeit nicht für möglich, wenn feindselige und sogar private politische Meinungsäußerungen unterdrückt werden sollen.“

Nach den vorangegangenen Beschlüssen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei zu § 4 des Freiheitsgesetzes stellt diese Veröffentlichung ein absichtliches und bewußtes Abweichen von der Gesamtpartei dar, und zwar in einem Augenblick, in dem ein solches von den Parteiführern ausdrücklich als unangebracht und für die nationale Bewegung abträglich anerkannt war. Bei dieser Sachlage muß in ihrem Vorgehen eine schwere Schädigung des Ansehens der Partei erblickt werden. Gemäß § 19 der Satzungen hat deshalb der Parteivorstand beschlossen, gegen die drei genannten Herren von Amts wegen das Ausschlußverfahren einzuleiten.“

Austrittserklärung von Lambach, Hülfers, Hartwig.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion trat um 6 Uhr zu einer Fraktions Sitzung zusammen, in der die durch den Beschluß des Parteivorstandes geschaffene Lage eingehend erörtert wurde. Der Fraktion wurde folgender Brief des Abg. Lambach an den Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp bekanntgegeben:

„Sehr geehrter Herr Graf! Die Vorgänge in der heutigen Parteivorstandssitzung haben mich veranlaßt, aus der Deutschnationalen Partei auszutreten. Sühnungsgemäß löst sich damit die Fraktionsgemeinschaft. Indem ich Sie bitte, diesen Brief der Fraktion nach Erledigung der heutigen Tagesordnung zur Kenntnis zu bringen, verbleibe ich mit unveränderter Verehrung und Hochachtung Ihr sehr ergebener Walter Lambach.“

Die Abgeordneten Hülfers und Hartwig haben sich in der Fraktions Sitzung dem Vorgehen des Abg. Lambach angeschlossen. Die Fraktion brach darauf ihre Sitzung ab. Ueber die Absichten der drei ausgeschiedenen Abgeordneten ist noch nichts bekannt; sie werden jedoch ihr Reichstagsmandat beibehalten.

Es sind drei Vertreter von Arbeitern und Angestellten, die das Recht der freien Meinungsäußerung gegen die Diktatur Hugenberg freimütig vertreten und dem Abgeordneten Treviranus Solidarität bewiesen haben. Freimut, Ehrgefühl, Solidarität — sie sind in der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu den Arbeitervertretern geflüchtet. Man sagt, daß noch andere deutschnationale Reichstagsabgeordnete denken wie sie, daß sie aber vor den Landesverbänden, die Landesverbände verfügen über die Mandate. Herr von Freitag-Loringhoven sprach im Reichstag bei der Erörterung der Frage Beamte und Volksbegehren von den „Gewissenstämpfen von Familienvätern“. Herr von Freitag-Loringhoven wird Gelegenheit gehabt haben, solche Gewissenstämpfe in der eigenen Fraktion zu beobachten.

Ein Riß geht zwischen den Christlich-Sozialen und der Hugenberg-Partei hindurch. Es verzichtet sich hier eine Loslösung proletarischer Elemente von einer bürgerlichen, arbeitserfeindlichen Partei. Der Beweis, daß die Parole „Gegen den Marxismus“ sich gegen die Arbeiter und ihre Vertreter richtet, ist durch den Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes erbracht. Es wäre eine Ungeheuerlichkeit, wenn die drei nur ausgeschlossen worden wären, weil sie das Recht „freimütiger politischer und privater Meinungsäußerung“ verlanget haben. Hugenberg hat sie hinausgedrängt, weil schwerwiegende soziale Differenzen sich zwischen seiner Gruppe und ihnen aufgetan haben, weil sie Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind. Die Ausgeschlossenen haben hinter sich ihre Organisationen, die Bedeutung dieser Zerfugungserscheinung geht weit über das zahlenmäßige Gewicht des Ausscheidens von drei Abgeordneten aus einer Fraktion von 78 Mann hinaus.

Hugenberg hat das Tischbuch zwischen den Christlichen Gewerkschaften und der Deutschnationalen Volkspartei zerschneiden. Seine Partei hat sich einst als Volkspartei bezeichnet, weil sie ihre Politik der „nationalen Opposition“ und zugleich der in ihr hervorragenden Interessen untermauern wollte durch starke Teilnahme von Arbeitern und Angestellten. Dieser politische Gedanke ist aufgegeben — die hervorragendsten Vertreter der den Deutschnationalen bisher folgenden proletarischen Schichten haben in seiner Partei keinen Raum. Hugenberg hat von seiner Partei das „Boll“ abgepalten. Er könnte mit Fug auch das „Boll“ aus dem Namen streichen. Es bleibt übrig die Partei der Feindschaft gegen den Staat, der großagrarischen und schwerindustriellen arbeitserfeindlichen Interessenten. Hugenberg der Klassenkämpfer hat dafür gesorgt, daß dieser Charakter seiner Partei rein und sichtbar, durch keinerlei Volksgemeinschaftsillusion getrübt hervortritt.

Herr Hugenberg hat in Kassel gegen den Marxismus gewütet. Er hat im Vollzug der Beschlüsse von Kassel den glänzendsten Beweis für die Richtigkeit der marxistischen Betrachtungsweise der politischen und sozialen Geschehnisse gegenüber geliefert! Wir beobachten in den letzten Monaten wieder stärker als zuvor eine Tendenz der Loslösung proletarischer Elemente aus den bürgerlichen Parteien — in selbstamen Formen manchmal, aber in der Tendenz unverkennbar. Hier liegt ein Schussfall dafür vor. Es ist eine interessante Erscheinung gerade in dem Augenblick, in dem sich das Bürgertum auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet um neue Zusammenfassung zum Kampf gegen die Arbeiterschaft, ihre Interessen und Forderungen bemüht.

Die Krise geht weiter.

Das Ausscheiden der drei in den Bann genannten Abgeordneten hat in der deutschnationalen Reichstagsfraktion den größten Eindruck hervorgerufen, um so mehr, als damit der Kampf Hugengeburs gegen den Opposition nicht abgeschlossen ist. Es wird behauptet, daß Graf Westarp beabsichtigt, den Fraktionsvorsitz niederzulegen.

Die brutale Diktatur Hugenberg vorgeht, zeigt die Tatsache, daß einer der Schriftleiter des „Reichsboten“, M. Sommerfeld, gekündigt wurde, weil er sich der Unbotmäßigkeit schuldig machte, indem er sich an der Schrift „Der Niedergang der nationalen Opposition“ beteiligte.

Drei weitere Austritte!

Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr.-Ing. Alönn, Dr. Lejeune-Jung und Treviranus sind nach der Fraktions Sitzung der Deutschnationalen aus der Deutschnationalen Partei und Reichstagsfraktion ausgeschieden.

Das Republiksschutzgesetz.

Heute Beratung im Reichstag.

Der Reichstag wird heute das neue Republiksschutzgesetz in erster Lesung beraten.

Berufliche der Deutschnationalen und der Kommunisten, eine Aenderung der Tagesordnung herbeizuführen, sind von der Mehrheit des Reichstags am Schluß der gestrigen Sitzung abgelehnt worden.

Sperrgesetz verfassungsmäßig.

Das Reichsgericht erkennt die Verfassungsmäßigkeit an.

Celzyg, 3. Dezember.

Wie erinnerlich, war die Verfassungsmäßigkeit des sogenannten Standesherrn-Sperrgesetzes vom 6. Juli dieses Jahres angezweifelt worden, das bezweckt, in der Frage der Aufwertung älterer standesherrlicher Renten vor der durch Reichsgesetz zu treffenden generellen Regelung den Erlaß weiterer rechtskräftiger Entscheidungen zu verhindern.

Entgegen der bei derartigen Gesetzen üblichen Annahme durch Zweidrittelmehrheit war für das Sperrgesetz nur eine einfache Mehrheit erreicht worden. Aus Anlaß der heute vor dem Reichsgericht anstehenden standesherrlichen Aufwertungsklagen des Fürsten zu Salm-Horstmar, des Fürsten zu Salm-Salm und des Herzogs von Arenberg hat der erkennende 7. Zivilsenat des Reichsgerichts dem vom preussischen Staat gestellten Antrag auf Auslegung der Entscheidung stattgegeben und damit die Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes anerkannt.

Die Beifegung des Genossen Meyer-Rheine findet am Freitag, dem 6. Dezember, 14 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

G. M. der Unternehmer.

Mißbrauch einer historischen Situation durch den Reichsverband der Deutschen Industrie.

Herr Duisberg und Herr Dr. Kallste sind König und Kanzler der organisierten Unternehmer Deutschlands. Sie führen den Reichsverband der Deutschen Industrie. Sie haben für den Reichsverband der Deutschen Industrie an die deutsche Öffentlichkeit durch die Presse die Forderung gerichtet, eine Einheitsfront in Deutschland herbeizuführen zu helfen, die unter Führung des Reichsverbandes eine Umstellung der gesamten Wirtschaftspolitik in Deutschland zum Ziele hat. Diese Forderung nach einer Einheitsfront zur Gestaltung der deutschen Wirtschaftszukunft unter Führung der Unternehmer erfolgt in einer historischen Stunde. Die Reparationsfrage steht vor ihrer endgültigen Lösung. Die deutsche Politik kann, da mit festen Größen gerechnet werden kann, an die finanzielle Liquidation des Kriegs gehen, sie kann eine Wirtschaftspolitik inaugurierten, die durch die Wohl zweckmäßig und zugleich gerechter Mittel den Wirtschaftsaufstieg nicht hindert und die Leistungsfreudigkeit im ganzen Volke nicht senkt.

In dieser historischen Stunde fordert der Reichsverband der Deutschen Industrie die Führung in der deutschen Wirtschaftspolitik nach seinen Forderungen. Der Niedergang Deutschlands sei sonst unvermeidlich. Nur die restlose Umstellung der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik auf eine direkte und über die Rentabilisierung der Industrie hinausgehende Kapitalbildung könne die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch retten. Seit 1924 sei keine Politik des erzieherischen Aufbaus, sondern der Grundjahlosigkeit und des Kompromisses geführt worden, die angesichts der fast ausweglos gewordenen schlechten Wirtschaftslage ein Ende haben müsse.

Ist nun die deutsche Wirtschaftslage auch nur entfernt so gefährdet, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie sie erscheinen lassen möchte? Die Problematik der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung Deutschlands läßt sich in wenigen Strichen umreißen. Zum ersten Mal seit der Stabilisierung war Deutschland 1929 fast zwölf Monate lang bei der Beschaffung der zum Wiederaufbau der Wirtschaft erforderlichen Kapitalien auf sich selbst angewiesen. Diese schwerwiegende Tatsache wurde verschärft dadurch, daß zum ersten Male die volle Reparationslast zu tragen war. Ernste psychologische und materielle Faktoren der Reparationspolitik und der internationalen Kapitalmarktenwicklung haben die Situation noch bedeutend erschwert. Die im Februar begonnenen, heute immer noch nicht abgeschlossenen Reparationsverhandlungen brachten Unsicherheit der wirtschaftlichen Disposition im Inland und im kreditgewährenden Ausland, Unsicherheit auch in der Handhabung des Reichshaushaltes. Deutschland hatte eine Währungserschütterung durchzumachen, das amerikanische Spekulationsfieber gefährdete die Kapitalverföhrung der ganzen Welt und steigerte das Zinsniveau in gänzlich unerwarteter Weise. Ungeheure Kapitalwertungen und Kapitalvernichtungen erfolgten auch auf den deutschen Börsen. In der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Wirtschaft Deutschlands wurden die Kapitalverlegenheiten sehr groß, selbst das bisher durch nichts zu erschütternde deutsche Bankengebäude begann in seinen Grundfesten leise zu erzittern. Es war eine Häufung von außergewöhnlichen, teilweise nicht vorher zu sehenen, bestimmt aber mit Mitteln der deutschen, inneren Politik nur in den allerersten Fällen beeinflussbaren Erschwernissen. Es war eine Probe von feltener Gefährlichkeit auf die Beständigkeit des seit 1924 fast aus dem Nichts wieder aufgerichteten Wirtschaftsgebäudes.

Es kann heute gesagt werden, daß die deutsche Wirtschaft diese furchtbare Probe auf ihre Beständigkeit ganz unerwartet glänzend bestanden hat. Es kann niemand bestreiten, daß die Produktionsintensität der deutschen Wirtschaft im ganzen in einer Zeit ausgesprochener wirtschaftlicher Stagnation und schwerster finanzieller Kalamitäten sich noch um mehrere Prozent gegenüber dem Jahre 1928 gehoben hat. Etwas weniger zwar als es dem Wachstum der Bevölkerung und dem Zuwachs der wertfähigen Menschen entspricht, aber die deutsche Wirtschaft zeigte eine Widerstandskraft, die fast als ein Wunder erscheinen könnte, wenn man ihre Grundlage nicht kennen würde. Nachdem selbst die Deutsche Bank und Distonto-Gesellschaft feststellen mußten, daß das Jahr 1929 per Saldo keinen Pfennig Auslandskapital nach Deutschland gebracht hat, gibt es für das Wunder dieser Widerstandskraft keine andere Erklärung, als daß die innere Kapitalstärke Deutschlands in den Jahren seit der Stabilisierung überraschend gewachsen ist. Pessimismus im gegenwärtigen Augenblick kann also nur Zweckpessimismus sein. Zum Pessimismus besteht um so weniger Grund, als im Jahre 1929 fast nur Ausnahmefälle die Entwicklung erschwert haben, die zum Teil schon weggefallen sind oder zum größten Teil mit ziemlicher Sicherheit wegfallen werden.

Wir sehen wohl, daß die deutschen Unternehmer in einer Stunde, in der durch die Annahme des Young-Planes die

Reparationslasten erleichtert werden, diese Erleichterung in allererster Linie sich selbst zugute kommen lassen wollen. Wir haben auch Verständnis dafür, daß die deutschen Unternehmer ein W a r i m a l p r o g r a m m aufstellen, von dem sich etwas abhandeln läßt und das auch auf sozial- und steuerpolitischem Gebiet weitergeht, als das Augenmaß für politische Realitäten es erlauben würde. Wir hätten auch Verständnis dafür, daß der Unternehmerappell an die Öffentlichkeit zur Durchsetzung der Unternehmerforderungen die Mittel der Demagogie nicht verschmäht und sowohl die Lage der Wirtschaft etwas schwärzer darstellt als sie ist, als auch die Berechtigung der Unternehmerforderungen etwas zwingender als es nach Sachlage erlaubt wäre.

Aber die deutschen Unternehmer haben weder Augenmaß bewiesen für Realitäten noch für das Bewußtsein der Würde jener historischen Situation, in der die Regelung der Reparationsfragen dem ganzen deutschen Volke seine Dispositionsfreiheit wiedergibt, wenn auch unter dauernden schweren Lasten. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist mit seinen Forderungen in dem Programm „Aufstieg — oder Niedergang?“ aufs ganze gegangen. Er fordert von der deutschen Öffentlichkeit und von der deutschen Politik, daß das Unternehmerinteresse in Deutschland auf den Thron erhoben werde, daß ein Primat des einseitigsten Unternehmerinteresses auf Dauer erreicht wird. In der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik soll der Unternehmer und sein Interesse als Majestät intonisiert werden. Die durch die endgültige Regelung der Reparationsfrage geschaffene historische Situation wird zu einem Generalangriff mißbraucht, der sich mit materiellen Klassenvorteilen nicht mehr begnügt und der gegen nicht mehr und nicht weniger geht als gegen das durch die demokratische Republik geschaffene wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht des Staatsvolkes. Das Ziel des neuen Unternehmerangriffs sind politische Klassenvorteile, deren Erreichung durch wirtschaftlich verbrämte Einzelerforderungen gesichert werden soll. Nur so ist es zu erklären, daß die vom Reichsverband der deutschen Industrie aufgestellten Forderungen in jedem einzelnen Punkte nicht nur Interessenwahrung, sondern auch neue politische Garantien für das Unternehmerinteresse wollen, eine Macherverstärkung der Unternehmerklasse durch Selbstentmachtung des Staates und des Staatsvolkes.

Reich, Staat und Gemeinden sollen grundsätzlich nicht nur ihre Ausgaben, sondern auch ihre Aufgaben einschränken; sie sollen sich auf Jahre hinaus trotz alles natürlichen Wachstums von Volk und Wirtschaft auf eine feststehende Ausgabenhöhe beschränken; ein Finanzdiktator soll die Ausgabenverwendung nachkontrollieren. Im Zeitalter der organisierten demokratischen Wirtschaftspolitik soll für das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft der Status quo ante einer längst nicht mehr existierenden Gewerbefreiheit gelten; für Trusts und Kartelle wird eine Autonomie gefordert, die sich gleichzeitig über jede Markt- und Unternehmerrfreiheit hinwegsetzt und sowohl Verbraucher- als auch Herstellerinteressen zu herrschaftsobjekten von Industriehäuptlingen und ihrer Bürokratie macht. Die Sozialpolitik soll Selbstbestimmung des Volkes und der Beeinflussbarkeit durch die Machtverhältnisse entzogen und auf den Zustand staatlich organisierter Karikatur zurückgeführt werden. Die gesamte Finanzwirtschaft von Reich, Staat und Kommunen soll nicht mehr auf ein freies selbst gesteuertes Staatsvolk zugeschnitten sein, das aus eigener Machtvollkommenheit einen zweckmäßigen und gerechten Ausgleich zwischen Besitz und Massenbelastung sucht, sondern ausschließlich einer Kapitalbildung als dienendes Instrument zugeordnet werden, das Arbeit und Menschenrecht nur als Kostenfaktor des Profits achten darf. Die ganze öffentliche Wirtschaft endlich soll grundsätzlich eine Domäne des Privatkapitals werden, soweit die Macht des Privatkapitals nur reicht und der Staat sich ja sagen zu einer Expropriation, die dem Privatkapital Profite erschließt, die der Wille des Volkes in einer demokratischen Republik niemals freiwillig preisgeben kann.

Man braucht kein Freund großer Worte zu sein, um zu erkennen und auszusprechen, was dieser Generalangriff der deutschen Unternehmer bedeutet. Der Kampf der deutschen Unternehmer gilt heute nicht der Abwendung wirtschaftlicher Gefahren, sondern der Wiederrichtung der Anfänge einer neuen Wirtschaftsordnung. Der Kampf der deutschen Unternehmer gilt der Errichtung eines hochkapitalistischen Feudalismus in der Demokratie gegen den Staat zur Vernichtung jener Anfänge einer wirtschaftlichen Demokratie, die den deutschen Industriehäuptlingen nicht paßt.

Eine Einheitsfront der demokratischen Abwehr ist die Antwort, die die deutsche Öffentlichkeit dem Reichsverband der Deutschen Industrie zu geben hat.

Monarchistische Fechtbrüder.

Ein Vereinsverbot in Wien.

Wien, 3. Dezember.

Die Bundespolizeidirektion hat die Einstellung der Vereinsfähigkeit des Vereins „Heimwehr Oesterreich“, einer kleineren Heimwehrformation mit österreichischer monarchistischer Richtung, verfügt, weil der Verein durch Ueberschreiten seines statutenmäßigen Wirkungsbereiches, besonders durch unbesugte Sammelaktionen, Anlaß zu zahlreichen Beschwerden gegeben hat. Zugleich wurde bei der Landesregierung Wien die Auflösung des Vereins „Heimwehr Oesterreich“, der den in den österreichischen Selbstschutzverbänden zusammengefaßten Heimwehrverbänden nicht angehört, beantragt.

Ein paar ehemalige L. u. L. Offiziere in Berlin haben sich zu einer — Heimwehr zusammengetan.

Rückgang der Tories.

Steel Maitland mit verringerter Mehrheit gewählt.

London, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Nachwahl in Tamworth, die durch den Rücktritt des konservativen Abgeordneten Illiffe nötig geworden war, brachte keine Veränderung, jedoch den Konservativen nur geringe Befriedigung, da sich ihr Vorsprung vor dem Sozialisten gegenüber Mai 1929 von 15 000 auf 10 000 Stimmen verringert hat. Der gewählte Konservative Sir A. Steel Maitland ist einer der frühesten konservativen Minister, der bei der Neuwahl im Mai seinen Sitz verloren hatte.

Der Fünf-Uhr-Ladenschluß.

Deutschnationale Fraktion gegen Christlichsoziale. — Reaktionäre Einheitsfront aus Demokraten, Deutscher Volkspartei und Wirtschaftspartei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag gestellt, durch Reichsgesetz den 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtssabend anzunehmen. Flugs hat der deutschnationale Fraktion Rum einen Konkurrenz Antrag folgen lassen. Anschließend war es ihm unangenehm, daß die Sozialdemokratie sich zur parlamentarischen Vorführerin einer Erweiterung des Weihnachtssabends auch für die Angestellten gemacht hatte.

Im sozialpolitischen Ausschuß, wo Herr Rumm am Dienstag eine kurze Gastrolle gab, wurde die Sache für ihn und seine Partei jedoch recht peinlich. Nachdem Herr Rumm sich als den eigentlichen Vorkämpfer des Bedenkens ausgerufen hatte, kam sein deutschnationaler Fraktionskollege Rieseberg zu Wort, der nüchtern und grob ausführte, Herr Rumm habe nur seine und einiger anderen deutschnationalen Abgeordneten Privatansicht vorgetragen.

Die deutschnationale Fraktion aber lehnt den 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtssabend ab.

Die Abg. Aufhäuser (Soz.) und Sölkmann (Soz.) begründeten den sozialdemokratischen Antrag. Die Sache sei nach jahrelanger Vorbereitung spruchreif. Es werde, wie die Erfahrungen bewiesen, keine Schädigung der Geschäftsinhaber eintreten, sondern sich lediglich eine Frühverlegung der Einkäufe vollziehen.

Ganz einseitige Reden, die stellenweise bis zur Behelligkeit gingen, hielten die Vertreter der Wirtschaftspartei. Herr Borchmann rief Entrüstungen hervor.

als er die weiblichen Angestellten als Baronessen bezeichnete, die im Gegensatz zu den Hausfrauen nichts arbeiteten.

Von der Deutschen Volkspartei sprach Herr Dr. Pfaffert gegen den 5-Uhr-Ladenschluß, Herr Thiel dafür. Von der Demokratischen Partei wandte sich Herr Bül gegen den 5-Uhr-Ladenschluß.

Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei behielten sich ihre Stellungnahme vor, da ihre Fraktionen erst entscheiden müßten, jedoch ist von beiden Fraktionen grundsätzliche Sympathie für den sozialdemokratischen Antrag zu erwarten. Die Kommunisten verlangten 5-Uhr-Ladenschluß vor allen Sonn- und Feiertagen, eine Forderung, die auch von der Sozialdemokratie erhoben wird, jedoch nur im Rahmen des Arbeitsschutzes verwirklicht werden kann und nicht leicht im Handumdrehen zu erledigen ist. Ein Antrag Rieseberg-Soz. will von dem 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtssabend die Lebens- und Gemütsmittelgeschäfte ausgenommen wissen. Dasselbe Ziel verfolgt ein Antrag Bül. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Der Sklarek-Gumpf.

Stadtrat Benedek im Verhör vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags vernahm am Dienstagmorgen zunächst den Obermagistratsrat Schindler, der angibt, daß er mit der Liquidation der RAB. nichts zu tun gehabt habe. An Ausschüßsitzungen habe er nur einige Male, und zwar im Auftrage des Kammerers, teilgenommen. Er sei später als Leiter der RAB. gewählt worden. Doch habe damals Oberbürgermeister Böß ihm gegenüber gegen diese Tätigkeit Bedenken geäußert, da es nicht zu billig sei, wenn höhere Beamte des Magistrats in leitende Stellen von Gesellschaften gingen. Trotzdem sei sein Kollege, Obermagistratsrat Schallbach, der der Deutschen Volkspartei angehört, zum Leiter der RAB. gemacht worden, und er habe persönlich das Geschäft gehandhabt, die im politischen Leben stehen, schneller vorwärtskommen.

Bürgerrevisor Schwarz war von 1922 bis 1926, insgesamt 4½ Jahre, bei der RAB. als Revisor tätig. Er gibt an, daß er fristlos entlassen worden ist, weil er in unbefugter Weise Benzin für sein Motorrad vom Lager entnommen habe. In Wirklichkeit sei er von Rieburg fristlos entlassen worden, weil er über Rückstände in der Gesellschaft dem Stadtrat Gabel Bericht erhalten wollte, denn alle Beschwerden bei dem Prokuristen und bei Direktor Rieburg hätten nichts genützt. Während seiner Tätigkeit habe man ihm nach und nach ein Tätigkeitsfeld nach dem anderen entzogen. Wodurch Stadtrat Gabel habe ihm gegenüber kein Verständnis gezeigt.

Seine Unterlagen, die ihm für eine Beschwerde an Gabel dienten, als er ein Defizit von 200 000 Mark feststellte, habe er vernichtet. Da ihm Stadtrat Gabel deswegen mit Diebstahlsanklage gedroht habe.

Umfangreiche Vorauszahlungen seien ohne Prüfung an die Firmen Sklarek und Rosenhol gemacht worden. Er habe auch den Eindruck, daß die fehlenden 200 000 Mark, für die eine Quittung in der Kasse lag, von Direktor Rieburg entnommen worden sind, der vielleicht angeht, einer ihm bevorstehenden Operation seine Familie sichern wollte.

Stadtrat Benedek, der als letzter Zeuge vernommen wurde, äußerte sich zunächst über die Zusammenarbeit im Berliner Magistrat, die während seiner zehnjährigen Wirksamkeit, unbeschadet der politischen Richtungen, vertrauensvoll und kameradschaftlich gewesen sei. Zur Zeit des ersten Vertragsabschlusses mit den Sklareks (Darlehensvertrag) habe er keinerlei Beziehungen zu diesem gehabt, obwohl sie ihm seit einer Reihe von Jahren bekannt gewesen sind. Er hätte keine Bedenken gehabt, den Vertrag zu unterzeichnen. Er sei nur in diese unglückliche Situation hineingekommen, nachdem sich der Kammerer Lange, wie er erst jetzt erfahren hat, sich weigerte, zu unterschreiben. Er habe Gabel für einen absolut einwandfreien Mann gehalten und sei nicht auf den Gedanken gekommen, daß er ihm Schriftstücke, wie später das Bestätigungsschreiben, vorlegt, deren Inhalt nicht mit den getroffenen Vereinbarungen übereinstimmt. In den nachfolgenden zwei Jahren habe er mit niemand, auch nicht mit den Sklareks, mit denen er übrigens nur einige Male gesellschaftlich zusammen gewesen sei, über die Verträge gesprochen.

Schließlich habe er den letzten Vertrag ebenfalls auf eine Anregung von Gabel hin im guten Glauben unterschrieben.

Eine Frage des Abg. Rabendorf (Wirtsch.) über Zuwendungen, die nach der Aussage des Staatsanwalts

Dr. Weihenberg der Zeuge von den Sklareks erhalten haben soll, wird vom Vorsitzenden, Abg. Schwent (Komm.) beanstandet, da nach dem Beschluß des Ausschusses auf die Bitte des Justizministeriums und der Staatsanwaltschaft dieser Komplex aus der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses herausgenommen werden soll, um die noch schwebenden staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen nicht zu stören.

Es entwickelte sich hieran eine teilweise erregte Geschäftsordnungsdebatte, in der vom Abg. Riedel (Dem.) die Frage aufgeworfen wird, ob man nicht mit Rücksicht auf die in einer gewissen Berliner Presse in den Abendblättern über den Zeugen enthaltene wiederholte Äußerungen der Staatsanwalt Weihenberg dem Zeugen Gelegenheit geben soll, sich darüber zu äußern. Da ein Vertreter des Justizministeriums nicht anwesend war, soll im Einvernehmen mit ihm über diese Frage am Mittwoch zu Beginn der Sitzung entschieden werden.

Die nächste Sitzung findet Mittwochvormittag um 10 Uhr statt.

Bürgermeister Kohl aus der Partei ausgeschlossen.

Auf Grund der Mitteilungen des Staatsanwaltschaftsrats Weihenberg vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags, betreffend Bürgermeister Kohl-Räpke, haben der sozialdemokratische Bezirksvorstand und die Kreisleiter Kohl einstimmig aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Mit dem Mantel der christlichen Liebe.

Wie die „Rote Fahne“ über den Sklarek-Standal berichtet.

Aus den im Sklarek-Untersuchungsausschuß des Landtags gemachten Mitteilungen über das Treiben der Sklareks (vgl. „Vorwärts“, Morgenausgabe vom 3. Dezember) bringt die „Rote Fahne“ beinahe nichts. Sie erzählt ihren Lesern, es seien „nur die durch die Enthüllungen der RAB. bereits größtenteils bekannten schweren Anschuldigungen gegen Korruptionsgeschäfte der Stadt Berlin mit den Sklareks bestätigt“ worden. Weiter sagt sie, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg habe über die Anzugsliste und über die unter Decknamen geführten Privatkonten berichtet. „Seine Angaben zufolge erhielten Gabel, Degner, Salolowski, die Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann und Stadtrat Benedek Zuwendungen. Auch SPD-Schneider erhielt Geld, Wein und beteiligte sich mit Sklareks an Reingewinnen.“ Kein Wort sagt das kommunistische Blatt über die Höhe der Schmiergeldpenden, die den Kommunisten Gabel und Degner von den Sklareks zugeflossen sind, kein Wort darüber, das Gabel wöchentlich 300 Mark von ihnen erhielt und im ganzen mit 23 477 Mark gespickt wurde, daß Degner im ganzen 63 000 Mark Schmiergeldeinstecte, wovon er unter anderen 15 000 Mark für neue Möbel, 3000 Mark für Dekorationen, 2500 Mark für eine Badeeinrichtung ausgab. Alles das deutet die „Rote Fahne“ mit dem Mantel der christlichen Liebe zu. Zum Schluß zählt sie die Personen auf, gegen die ein Strafverfahren schwebt. Nur bei Mitgliedern der SPD (auch bei Schneider, der es nicht mehr ist) gibt sie die Parteizugehörigkeit an. Daß Gabel und Degner zwei Säulen der RAB. waren, als sie sich von Sklareks schmieren ließen, scheint die „Rote Fahne“ vergessen zu haben.

Gescheiterte Völkerbundskonferenz.

Um das Statut der Ausländer.

Paris, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Die seit vier Wochen in Paris tagende Völkerbundskonferenz für die Schaffung eines Ausländerstatuts ist am Dienstag aufgelassen.

Diese Kommission hatte die Aufgabe, ein allgemeines verbindliches Statut für das Niederlassungsrecht der Fremden im Ausland auszuarbeiten. In den meisten Handelsverträgen sind derartige Bestimmungen schon jetzt enthalten. Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes hatte als Verhandlungsgrundlage ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet. Im Verlauf der Verhandlungen zeigte sich aber, daß zahlreiche, meist egoistische Staaten in ihrer Entwicklung noch nicht weit genug vorgeschritten sind, um das unter den modernen Staaten übliche Fremdenrecht widerspruchslos auch für sich annehmen zu können. Da diese kleinen Staaten ihrer Zahl nach die Großstaaten überstimmten konnten, wurde das Projekt der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes

täglich mehr verschlechtert. In einem amtlichen Kommuniqué teilt der Vorsitzende der Konferenz, der Belgier Denège nunmehr mit, daß die Arbeiten der Konferenz eingestellt werden müßten. Die kleinen Staaten wünschten allzu zahlreiche verschlechternde Änderungen, die großen Staaten dagegen weigerten sich ein Projekt zu unterzeichnen, das ihnen nicht liberal genug erscheine und ihren Wünschen gegenüber einen Rücksicht darstelle. Ein Kompromißvorschlag, Ausnahmegestaltungen für die kleinen Staaten zu erlassen, sollte in den nächsten Monaten beraten werden.

Die Kommissionsprotokolle der Pariser Konferenz werden nunmehr abgeschlossen und dem Völkerbundsekretariat unterbreitet. Außerdem soll die Konferenz noch ein Komitee ernennen, das bis zum nächsten Jahre annehmbare Vorschläge ausarbeiten soll. Dann soll eine zweite Konferenz die jetzt mißlungene Arbeit wieder aufnehmen.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten nahm nach längerer Aussprache eine Entschließung an, worin er die Reichsregierung ersucht, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, das Petitionsrecht des Reichsbahnpersonals künftig wirksam zu machen.

Raiffeisen-Prokuristen.

Die Korruption einer deutschnationalen Bank.

Wenn auch der Klaret-Ausschuss in einigen Schritten Enfristung lagte, so konnte die Ungeheuerlichkeit der Dinge, die am Dienstag im Raiffeisen-Ausschuss des Landtages zur Sprache kamen, von den darüben Vorgängen kaum übertriffen werden. Es wurden drei Prokuristen und Abteilungsleiter der Raiffeisenbank als Zeugen benannt: Rechtsanwalt Dr. Lange, Krause und der aus dem Bödenburger Finanzskandal bekanntgewordene Theodor Rathle. Gegen alle drei erhebt der Revisionsbericht der Raiffeisenbank die schwersten Vorwürfe.

Rechtsanwalt Dr. Lange verteidigte sich nicht ungewandt. Er will als Leiter der Kreditabteilung alle Kredite nur auf Anweisung der Direktion gegeben haben. Die Kompetenz-überschreitungen Rathles bei dem Ankauf des Dampfwafler-Aktienpakets habe er entdeckt und der Direktion angezeigt. Schwieriger wird dem Zeugen schon die Aufklärung, warum er, der zugleich Syndikus der Raiffeisenbank war, die Lagerischeine Uralzeffs als Sicherheit angenommen hat, die sich nachher als wertlos erwies. Bei der Entgegennahme des berühmten Schmuckstückleins als Pfand, das für 750 000 M. Juwelen enthalten sollte, aber nur für 15 000 enthielt, gibt Lange zu, einen schweren Fehler gemacht zu haben, indem er es unterließ, den Wert durch Sachverständige abschätzen zu lassen. Entschieden bestritt Dr. Lange, von den Kunden der Raiffeisenbank Vergütungen angenommen zu haben, aber nicht bestreiten kann er, daß er mit einigen von ihnen sich in sehr merkwürdige „Privatgeschäfte“ eingelassen hat. Seltener berührt auch die Angabe des Zeugen, daß er bei einem Jahresgehalt von 18 000 M. ein Jahreseinkommen von 60 000 M. versteuert habe. Trotzdem hat er noch ein erhebliche Steuerhinterziehung wegen Steuerhinterziehung bekommen. Auf eine Frage, ob er nicht Unkorrektes darin gesehen habe, mit Bankkunden Privatgeschäfte zu treiben, erklärt der Zeuge u. a., daß es sein gutes Recht sei, sich Provision zahlen zu lassen, wenn er dem Kunden „Börsetips“ gebe.

Der Prokurist Krause muß trotz heftigen Sträubens eine große Zahl von Unregelmäßigkeiten eingestehen. Der Zeuge kann keinerlei plausible Erklärung dafür geben, warum die Holzfirma Mullack & Müller, an der er beauftragt und deren Aufsichtspflicht er wahr, auf völlig ungedeckte Schecks laufend Geld erhalten hat, und zwar mehrere zehntausend Mark. Er kann auch nicht leugnen, daß diese Firma von Uralzeff einen Kredit von 85 000 M. erhielt, der aber nicht für geschäftliche Zwecke verwendet wurde, sondern für die sich der Zeuge Krause eine Villa bauen ließ. Schließlich hat Krause von einem Grafen Rothenburg für die Vermittlung eines Kredites eine Provision von 15 000 M. erhalten. Der Berichtsteller stellt fest, daß das Risiko dieses Kredites — die Raiffeisenbank trug, die mehrere hunderttausend Mark durch dies Geschäft verloren hat, für das sich ihr Prokurist Provision zahlen ließ!

Sehr kurz gestaltet sich die Bernehmung Rathles, der die Raiffeisenbank mit dem Dampfwafler-Aktienpaket. Der Zeuge sagt derartig ungeniert die Unwahrheit, daß im Ausschuss steigende Empörung entsteht. Als der Zeuge bestritt, jemals von dem Bankier Fabian eine Vergütung, auch nicht in der Form eines Darlehens, erhalten zu haben, als aber gleich darauf aus den Akten nachgewiesen wird, daß Rathle tatsächlich von Fabian einen ungedeckten Kredit von etwa 40 000 M., und zwar zinslos, erhalten hat, fragt der Berichtende Deereberg den Ausschuss, ob auf die weitere Bernehmung dieses Zeugen noch Wert gelegt werde. Der Ausschuss verneint das einstimmig und als ein moralisch Gehässiger verläßt Rathle den Saal.

Am Mittwoch werden die Raiffeisenprokuristen Lamm und Wähling sowie ein Mitglied des neuen Raiffeisen-Direktoriums benannt.

Hoffnungen in Litauen.

Neuer Innenminister.

Konno, 3. Dezember.

Der Rücktritt des Innenministers Rusewits wurde in der Opposition mit Befriedigung begrüßt. Rusewits vertrat die „Politik der starken Hand“ und seinen Rücktritt deutete die Opposition dahin, daß wenigstens die Möglichkeit einer Kursänderung in liberalerem Sinne eintrete. Dazu trug noch bei, daß der neue Innenminister Kravicius für einen gemäßigten Politiker mit liberalen Anschauungen gilt.

Bisher hat sich aber noch nichts ereignet, was nach einer Befestigung dieser Hoffnungen aussieht.

Die Gerüchte, die von einem Rücktritt des Ministerpräsidenten Zubjalks und seine Ersetzung durch den Oberst Werks, Gouverneur von Romet, wissen wollten, scheinen sich allerdings nicht zu befähigen. Die Vorbedingung zu einer Einwendung in liberalere Bahnen wäre die Abschaffung des Kriegszustandes und es sieht nicht so aus, als ob die Regierung sich in nächster Zeit dazu entschließen wird. Das Regierungsorgan „Lietuvos Aidai“ gibt zu, daß die Beibehaltung des Kriegszustandes auf das Ausland recht ungünstig wirkt. Prominente Ausländer wie Wenderpelle, Crispian und andere hätten der litauischen Regierung geraten, ihre Gegner weniger scharf zu bekämpfen. Das Regierungsblatt behauptet, daß das Ausland sich in der Einschätzung des Kriegszustandes irrt: die Bürger Litauens hätten sich an den Kriegszustand gewöhnt und er werde von ihnen „keineswegs als beschwerlich empfunden“.

Donnerstag wieder Sejmbeginn.

Sofort Mißtrauensvotum.

Warschau, 3. Dezember.

Am 3. Dezember soll in der Sejmigung der Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung Swialski beraten werden. Es ist dies seit der Wählergreifung durch Swialski der erste Mißtrauensantrag gegen die gesamte Regierung. Der Antrag wird voraussichtlich in der Freitagssitzung zur Abstimmung gelangen. Am selben Tage soll auch über den Vorschlag des Regierungsbüros abgestimmt werden, dem Sejmarschall Dajnycki das Mißtrauen auszusprechen, weil er sich vor einem Monat gewiegelt hat, die Sejmession in Anwesenheit der demonstrativ erschienenen Pilsnitzer-Offiziere zu eröffnen, worauf dann der Staatspräsident die Session bis zum 5. Dezember vertagt hat.

Zwei Menschenbuben ausgehoben. Die Münchener Polizei hat mit einem starken Aufgebot den Menschenbuben der Angehörigen des Rudolphs S. C., den die in Kreuzbräu an der Brunnstraße hatten, ausgehoben. In gleicher Weise wurde gegen Angehörige des Raumburger S. C. im Münchener Waffentring, die im Arzberger Keller ihre Menschenbuben ausgaben, vorgegangen. Die Namen der auf dem Festboden Anwesenden wurden polizeilich festgestellt und das Festzelt beschlagnahmt.

In Eugenbergs Redaktionszwinger.

Eugenbergs „Montag“ erklärt die Befreiungsfest im Rheinland für völlig mißglückt, Eugenbergs „Lokal-Anzeiger“ dagegen preist sie als Freudenfest.



Der vom „Montag“: „So vergnügt, Kollege?“

Der vom „Lokal-Anzeiger“: „Ja — ich habe Erlaubnis, heute abend zehn Zeilen Wahrheit zu berichten.“

Die Kriegsgefahr im Fernen Osten.

„Chinas Unterwerfung“ — ein Sowjetbluff.

Mulden, 3. Dezember. (Reuter.)

Das Nachrichtenbureau der Regierung stellt die Moskauer Meldungen, wonach die Mulden-Regierung die Forderungen Moskaus angenommen habe, in Abrede und erklärt, Moskau verfolge die Absicht, Mulden zur Eröffnung von Sonderverhandlungen zu veranlassen. Die Mulden-Regierung handle jedoch lediglich nach den Weisungen aus Nanking.

Gemeinsamer Schritt der Kellogg-Pakt-Mächte.

Paris, 3. Dezember. (Telunion.)

Die französische Regierung hat in Uebereinstimmung mit Amerika, Deutschland, England und Japan bei den Regierungen in Moskau und Peking durch ihre Botschafter den Regierungen von Rußland und China eine Note zustellen lassen, die im wesentlichen besagt:

Die Regierung der Republik hat nicht ohne Beunruhigung den Gang der Ereignisse verfolgt, der die Beziehungen zwischen China und Rußland seit der Eröffnung der Lage, die seit Juli dieses Jahres in der Nordmandschurei eingetreten ist, in Mißverständlichkeit gezogen hat. Seit dem 19. Juli hat die Regierung der Republik geglaubt, die Aufmerksamkeit der chinesischen und russischen Regierung durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter in Paris auf die Bestimmungen des allgemeinen Kriegsverzichtspaktes lenken zu sollen, den sowohl China wie Rußland unterzeichnet haben. Die beiden Regierungen, die russische und chinesische, haben damit formell und öffentlich ihre Absicht bekanngegeben, nicht zu den Waffen zu greifen, wenn sie nicht angegriffen werden. Inzwischen ist der Pakt von den Mächten ratifiziert worden, darunter auch von China und von Rußland. Die Regierung der Republik lenkt erneut die Aufmerksamkeit der

beiden Mächte auf die Bestimmungen des Kriegsverzichtspaktes, insbesondere auf den Artikel 2, der lautet: „Die vertragsschließenden Parteien erkennen an, daß die Regelung und die Lösung aller Differenzen und Konflikte, welcher Natur und welchen Ursprungs sie auch sein mögen, und die zwischen ihnen entstehen könnten, nur durch friedliche Mittel angestrebt werden sollen.“

Man darf annehmen, daß der Inhalt der vorstehenden Note nach Bereinarbeitung zwischen den genannten Staaten inhaltlich den Rollen entspricht, die auch von den Vereinigten Staaten, England, Japan und Deutschland in Moskau und Nanking übergeben worden sind.

Angebliche Vorschläge Tschangjuehliangs.

Schanghai, 3. Dezember.

Wie aus Mulden gemeldet wird, hat Marschall Tschangjuehliang die chinesischen Vertreter bei der Konferenz von Chorbawoff beauftragt, folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Obwohl die chinesische Regierung mit der Wiederherstellung des status quo ante auf der ostchinesischen Bahn einverstanden ist, hält sie es für notwendig, von der Sowjetregierung die Garantie zu erhalten, daß die Eisenbahn nicht zu Zwecken der kommunistischen Propaganda benutzt werde;
2. Da der entlassene russische Direktor und her ebenfalls entlassene russische Unterdirektor eine solche Propaganda leiteten, lehnt China ihre Wiederanstellung ab;
3. China ist bereit, die Beamten, die den Konflikt herbeigeführt haben, zu entlassen;
4. die beiderseitigen Gefangenen sollen freigelassen werden;
5. die Truppen beider Parteien sollen bis zu einer bestimmten Entfernung von der Grenze zurückgezogen werden.

Im Lager Hammerstein.

Deutsch-Russen in der Heimat der Vorfäter.

Hammerstein, 3. Dezember.

Gestern abend gegen 10 Uhr trafen 240 deutschstämmige Auswanderer aus Schwedenlande im Hammersteiner Lager ein. Heute früh gegen 3 Uhr folgten etwa 400 von Ostpreußen. Die Auswanderer hatten drei Waggons Gepäc und außerdem noch viel Handgepäck. (Danach scheint Sowjetrußland ihnen „nur“ alles Bargeld und Schmuckzeug abgenommen zu haben. R. d. „L.“) Die Auswanderer sprechen gut Deutsch, und zwar einen schwäbischen Dialekt. Sie können auch russisch, doch weit besser deutsch. Der Lagerdirektor, Major a. D. Fuchs, begrüßte die Ankömmlinge:

Im Namen Deutschlands begrüße ich Sie im Lager Hammerstein, in dem Sie die nächste Zeit zubringen werden. Seien Sie versichert, daß die Regierung, der Reichskommissar für die Deutschrussen-Hilfe, weiteste Volkstreue und wir hier am Plage alles tun werden, um Ihnen zu helfen. Davon zeugen die großen Mittel, die trotz der eigenen Not von Regierung und Volkspartei für Sie zur Verfügung gestellt worden sind. Etwas kleine Schwierigkeiten im Lagerleben, die sich vielleicht anfangs ergeben können, werden sich in kurzer Zeit bestimmt beheben lassen. Wir wissen, daß Sie Ihr Deutschland im fremden Lande seit vielen Generationen im Herzen bewahrt haben, und daß Sie auf Ihr Deutschland stolz sind, und wir hoffen, daß Sie auch weiterhin deutsches Wesen, deutsche Arbeitstrakt und deutsche Ordnung hochhalten werden. Dann wird es Ihnen gelingen, in neuen Verhältnissen sich eine neue Heimat zu gründen. Das wünschen wir Ihnen von Herzen. Und nun nochmals: in Deutschland herzlich willkommen.

Ein würdiger Vater, den die Deutschrussen mit „Vorfäter“ bezeichnen, dankte für die warmherzige Hilfe und er sagte, daß die Deutschrussen die herzlichste Aufnahme, die sie in ihrem Mutterlande gefunden hätten, nicht vergessen würden. Sie würden so schnell wie möglich Deutschland verlassen, um dem deutschen Mutterlande nicht zur Last zu fallen.

Als die Auswanderer dann in den großen mit Lammgrün

und mit den Reichsfarben und einem Hindenburg-Bild geschmückten, hell erleuchteten Speisesaal geführt wurden, wandte sich eines der Kinder erwartungsvoll an den Lagerdirektor mit der Frage, ob jetzt Weihnachten sei. Nachdem die Deutschrussen „Run danket alle Gott“ gesungen hatten, setzten sie sich zum Essen.

Heute früh wurde mit der Sanierung begonnen. Die Flüchtlinge müssen die Quarantänezeit durchmachen, wie man hofft, nur etwa fünf bis sechs Tage, da die Flüchtlinge ja, abgesehen von wenigen Ausnahmen, sich bei bester Gesundheit befinden.

5000 werden erwartet.

Berichten des Reichskommissars Stücken zufolge werden nach Ankunft der am Dienstag eintreffenden Transporte insgesamt 1331 Deutschrussen in Deutschland sein, teils in Hamburg, teils in Ostpreußen und zum Teil in Hammerstein. Insgesamt werden etwa 5000 Bauern erwartet, für die die bisher vorgesehenen Lager nicht ausreichen. Es werden zurzeit weitere Lager in Meckl und Prenzlau eingerichtet.

Dr. Scholz, Führer der Deutschen Volkspartei. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei hat gestern in Anwesenheit der Vorsitzenden der Wahlkreisverbände und unter großer Anteilnahme der beiden Fraktionen einstimmig beschlossen, daß der bisherige Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Scholz, zum Parteiführer gewählt werden soll. Den gleichen Beschluß faßte der Parteivorstand. Die offizielle Wahl wird in der am 14. Dezember stattfindenden Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei erfolgen.

Verurteilung kommunistischer Demonstrationen. In dem Brauch wegen der Zusammenkünfte von Kommunisten mit der Polizei bei einem kommunistischen Demonstrationstag in München wurde der Landtagsabgeordnete Dreffel zu sieben Monaten Gefängnis wegen Aufruhrs verurteilt. Die beiden mitangeklagten Blattnäger wurden zur Rindfleischstrafe von je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Baugewerksbund in Berlin.

Symbolische und praktische Nachbarschaft.

Friedrichstraße 5/6 wehte gestern von dem wichtigen Bau, der jetzt der Sitz des Deutschen Baugewerksbundes ist, die rote Fahne. Der Baugewerksbund hielt seinen offiziellen Einzug.

Seit Jahren schon ging die Diskussion um die Sitzverlegung von Hamburg nach Berlin. Schließlich aber entschieden die Gründe, die der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Genosse Nikolaus Bernhard, in seiner Begrüßungsrede anführte.

Zunächst einige Worte zu dem Bau selbst, der in unmittelbarer Nähe des „Vorwärts“, des Parteivorstandes und — was für den Baugewerksbund nicht unwichtig ist — der „Vorwärts“-Druckerei sich befindet. Der Baugewerksbund hat mit dem Haus einen glücklichen Griff getan. Ursprünglich ein Bureauhaus, 1913 errichtet, eignet es sich ausgezeichnet für die Zwecke einer Gewerkschaftszentrale. Auch nach außen macht es in seiner einfachen und wuchtigen Giebelung nach dem Umbau den Eindruck der aufwärtstrebenden Kraft. Und es ist ein Beweis für die außerordentliche Entwicklung unserer Gewerkschaften, daß heute eine einzelne Organisation im Zentrum von Berlin ein solches Haus erwerben kann, ohne sich dabei finanziell besonders anzustrengen. Bei einer

Mitgliederzahl von mehr als 500 000, mit einem Vermögen von nahezu 25 Millionen,

ist ein solcher Hauserwerb keine halbherzige Operation. Aber sie ist bedeutsam für die Stärke unserer Gewerkschaften.

Auch die Inneneinrichtung des Hauses ist nach dem Umbau zweckmäßig, schön und übersichtlich. Der große Partierterraum wird als Ausstellungsraum dienen, hauptsächlich für den Bauarbeiter-Schutz, während in den oberen Räumen die verschiedenen Abteilungen untergebracht sind. Auch ein Filmvorführungssaal gehört dazu, wie der Baugewerksbund auch seinen eigenen ständig angestellten Architekten hat, den Genossen Weeser, der auch den Umbau des Hauses leitete.

In seiner Begrüßungsrede wies Genosse Bernhard darauf hin, daß bereits vor 54 Jahren der Vorgänger des Deutschen Baugewerksbundes, der Allgemeine Maurer- und Steinhauerverein, in Berlin seinen Sitz hatte. Heute, wo die Organisation der Bauarbeiter wieder nach Berlin zurückkehrt, hat sich die Mitgliederzahl allerdings mehr als verdundertacht.

Vor dem Kriege standen rechtliche und politische Schwierigkeiten einer Sitzverlegung nach Berlin im Wege. Inzwischen hat sich das geändert. Der Sitz einer Gewerkschaft ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Er hängt ab von der Konzentration des geistigen Lebens, von dem Sitz der Gesetzgebungs- und Zentralverwaltungsstellen, von dem Sitz der wirtschaftlichen Gegenorganisationen, vom Zentralpunkt des Verkehrs, alles Umstände, denen auch die anderen Gewerkschaften Rechnung tragen, und somit auch die Spitzenorganisation, der ADB, mit dem jede Gewerkschaft zusammenarbeiten muß. Hinzukommt noch, daß auch

unser politische Vertreter, die Sozialdemokratische Partei,

ihren Sitz in Berlin hat. Alle diese Umstände waren ausschlaggebend für die Sitzverlegung. Solange der Deutsche Baugewerksbund seinen Sitz in Hamburg hatte, mußten die Vorstandsmitglieder einen ständigen Pendelverkehr zwischen Hamburg und Berlin durchführen. Auch für die Gewerkschaften gilt das Wort „Zeit ist Geld“. In rasendem Tempo müssen die Gewerkschaftsführer heute von Sitzung zu Sitzung, und regelmäßig besteht ihre tägliche Arbeitszeit aus einer Doppelschicht von je acht Stunden. Wir hoffen, in diesem Hause, verbunden mit allen Gesinnungsfreunden im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und in der Sozialdemokratischen Partei, gute Arbeit zu leisten.“

Grafmann, der bei der intimen Feier im Namen des ADB, das Wort ergriff, wies besonders auf folgenden Umstand hin: Wenn die Gewerkschaften heute imposante Verbandshäuser errichten, die nicht nur nach außen Zeugnis ablegen für die reale Macht, die in den Gewerkschaften verkörpert ist, sondern sozusagen auch greifbare Objekte bilden, so kann man wohl sagen, daß in früheren Jahren, unter dem alten Regime, die Gewerkschaften in diesem Punkte mit Recht viel vorsichtiger waren. Wenn die Gewerkschaften solche „greifbaren Objekte“ erwerben, so zeugt das für

das Vertrauen in diesen Staat,

so zeugt das dafür, daß die Arbeiterbewegung sich bewußt ist ihres Einflusses auf diesen Staat, und daß sie entschlossen ist, sich mit ihm auf Gedeih und Verderb zu verbinden.

Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Wels den neuen Nachbarn und wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen Baugewerksbund und Sozialdemokratischer Partei immer eine harmonische und innige gewesen ist. Er erinnerte daran, daß der gestern vor zwei Jahren zur Ruhe gegangene Genosse Silberstein und er selbst im Jahre 1903 Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften ausgearbeitet haben. Wenn es auch hier und da mal Unstimmigkeiten gegeben hat: Wir sind uns doch alle immer bewußt geblieben, daß wir vom selben Fleisch und Blut sind, daß, wie Bömelburg sagte, Partei und Gewerkschaften eins sind, und daß Partei und Gewerkschaften durch eine Schicksalsgemeinschaft verbunden sind.

Schließlich begrüßte auch noch Bürgermeister Genosse Dr. Herz im Namen des Bezirksamts Kreuzberg den Deutschen Baugewerksbund, der mit dem Buchdruckerverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband die dritte Großorganisation ist, die ihren Sitz nach Berlin in den Bezirk Kreuzberg verlegt.

Dem Andenken Theodor Bömelburgs.

Aus Anlaß der Einweihung des Verbandshauses des Deutschen Baugewerksbundes wurde gestern im „Heim am Westsee“, der Schule des Deutschen Baugewerksbundes, die Büste von Theodor Bömelburg enthüllt. Das Werk des Bildhauers Trumpf steht majestätisch und wegwelkend im Schulraum vor den Augen der jungen Generation. In einer ausgezeichneten Gedenkrede erinnerte der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Genosse Bernhard, was Bömelburg der deutschen Arbeiterbewegung, besonders aber der Bauarbeiterbewegung gewesen war. Er zeigte den Aufstieg dieses westfälischen Maurers zum prominenten Führer der Arbeiterbewegung, nicht nur Deutschlands, sondern der internationalen Bauarbeiterbewegung, die von Bömelburg ins Leben gerufen wurde. „Welche Stellung“, so fragte Bernhard, „würde Bömelburg gegenüber den kommunistischen Gewerkschaftsschädlingen eingenommen haben? Wir können es uns denken. Ich erinnere mich, wie er mir und einigen anderen Kollegen einmal zurief: „Kritisiert sachlich, legt Besseres an die Stelle des Kritisierten. Fragt euch, wie ihr gehandelt hättet, wenn ihr an meiner Stelle gestanden wäret.“

Er hielt es für verwerflich, im voraus die Taktik festzulegen. In der Arbeit für die Organisation, für die Arbeiterbewegung ging Theodor Bömelburg völlig auf. Durch seine Arbeit wurde er zum Arbeiterführer großen Formats. Bömelburg war nicht nur Gewerkschaftsmann, sondern auch ein hervorragender Parteimann. Bömelburgs Meinung wurde immer mehr die Meinung der Gewerkschaften. Nur so ist das starke Echo zu verstehen, das sein Bekenntnis bei der Arbeiterchaft fand: Partei und Gewerkschaften sind eins!

Einheitsfront mit der Sowjetunion zu zerreißen. Diesen Wechsel auf die Zukunft unterschrieb die große Mehrheit der Generalversammlung nicht. Nach der Erledigung der Anträge ging Genosse Ulrich noch auf den kommunistischen Gewerkschaftskongress und die Behauptungen der Opposition ein, daß der Metallarbeiterverband wie alle übrigen freien Gewerkschaften keine Kampforganisation mehr sei.

Der Metallarbeiterverband hat im Vorjahr mehr als 22 Millionen Mark für soziale Unterstützungen und über 26 Millionen Mark für Kampfzwecke ausgegeben.

Ständig stehen rund 2 Proz. seiner Mitglieder im Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Tatsachen beweisen zur Genüge, wie haltlos die Behauptungen der Kommunisten sind.

Der Beschluß des kommunistischen Gewerkschaftskongresses, sogenannte Agitationsmärkte in den Gewerkschaften, Betrieben und Arbeitsnachweisen zu vertreiben, zeige mit aller Deutlichkeit, daß die KPD ihren Kampf gegen die freien Gewerkschaften in noch stärkerem Maße als bisher führen will. Die Front ist klar. Der Metallarbeiterverband ist für diesen Kampf gerüstet. Er wird ihn aufnehmen und beweisen, daß das Fundament der freien Gewerkschaften Deutschlands unerschütterlich ist.

Braunkohlenschiedspruch verbindlich.

Im Lohnkonflikt der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie ist am Dienstag, nachdem die Nachverhandlungen, wie vorausgesehen war, eine Einigung nicht gebracht hatten, der zweite Schiedspruch vom Arbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Schwerer kommunistischer Reinfall.

Bei den Buchdruckern nur Richtung Amsterdam gewählt.

Am Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer sind die Delegierten- und Bezirksleitungswahlen jetzt beendet. In fünf von elf Bezirken, und zwar im 1., 6., 7., 9. und 11. Bezirk, war die Wahl der Delegierten durch Stimmzettel nicht erforderlich, da die Kommunisten in diesen Bezirken nicht einmal die statutenmäßig notwendige Unterstützung von 30 Stimmen aufbringen konnten.

Am Sonntag und Montag wurden nun in den restlichen sechs Bezirken die Delegiertenwahlen vorgenommen, desgleichen für sämtliche elf Bezirke die Wahl der Bezirksleitungen. Das Resultat ist in Anbetracht der großen Anstrengungen der Kommunisten zur „Eroberung der Bezirke“ recht erfreulich. Die Liste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung erhielt überall die Mehrheit.

In den einzelnen Bezirken verteilten sich die Stimmen wie folgt: 2. Bezirk: Amsterdamer Richtung 218, Opposition 91; 3. Bezirk: Amsterdamer 224, Opposition 113; 4. Bezirk: Amsterdamer 204, Opposition 187; 5. Bezirk: Amsterdamer 170, Opposition 121; 8. Bezirk: Amsterdamer 332, Opposition 114; 10. Bezirk: Amsterdamer 85, Opposition 41. Ebenso wurden in alle Bezirksleitungen nur Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung, zum Teil mit erheblicher Mehrheit, gewählt.

Somit sind sämtliche Bezirke des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer auch für das Jahr 1930 nur durch Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung in der Generalversammlung vertreten. Dadurch wird auch für die kommende Zeit eine erfolgreiche Arbeit für alle Mitglieder im Gau Berlin des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ermöglicht.

Dieses Wahlergebnis zeigt, daß die verbandshäufige Tätigkeit der Kommunisten bei den Berliner Buchdruckern nicht zur Geltung kommen kann, wenn alle auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung stehenden Buchdrucker ihren Mann sehen. Damit sollen es unsere Genossen im Buchdruckerverband aber nicht genug sein lassen. Es gilt jetzt erst recht, aufklärend und werbend zu wirken.

Englische Achtstundensratifizierung.

Die Durchführung bei den Eisenbahnen.

London, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Arbeitsminister Frau Bonfield hat die Vertreter der Eisenbahnunternehmen und Eisenbahner-Gewerkschaften für Mittwoch zu einer Besprechung über die Frage der Arbeitszeit bei den Eisenbahnen eingeladen. Die Konferenz steht mit den Vorbereitungen der Arbeiterregierung zur Ratifizierung der Washingtoner Konvention in engem Zusammenhang.

Knappschaffswahlen im Saargebiet.

Saarbrücken, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Knappschaffswahlen des Saargebietes erbrachten nun neuen den Beweis, daß der Verband der Bergbau-Industriearbeiter Deutschlands auch an der Saar die Sympathien der Bergarbeiter auf seiner Seite hat. Der Verband dürfte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ein Drittel mehr Mandate errungen haben, als der christliche Gewerksverein, obwohl auch bei dieser Wahl, wie bei der kürzlich stattgefundenen Kommunalwahl die Geistlichkeit in der tollsten Weise für die christlichen Gewerkschaften agitiert hat.

Achtung, Puher! Auf der Baustelle der Firma Emil H. Bopp, Westendallee, führt die sogenannte Puhmeisterfirma Paul Schulz Tagarbeiten aus. Nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für Puher dürfen Puherarbeiten an sogenannte Puhmeister als Maschinenunternehmer nicht vergeben werden. Aus diesem Grunde ist die obengenannte Baustelle für Puherpuher und Träger bei der Firma Schulz gesperrt. Wir ersuchen Puherpuherarbeit dort nicht aufzunehmen.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Puher.

Was eine Kampforganisation ist!

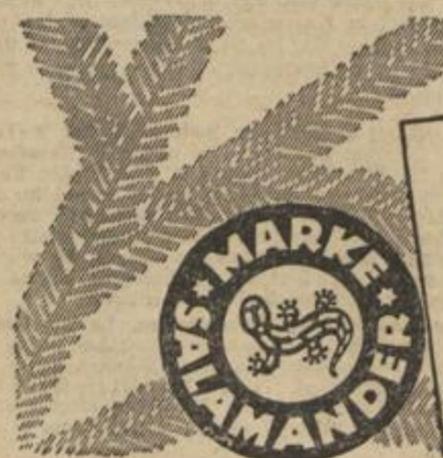
Die Antwort des Metallarbeiterverbandes.

Die Berliner Metallarbeiter hielten am Montag in den Sophienkäfen ihre Quartalsgeneralversammlung ab. Der vom Kassierer Genossen Schmidt erläuterte Kassenbericht für das dritte Quartal weist eine Zunahme des Lokalfassenbestandes um 21 454 Mark auf, der nunmehr 1 261 024 Mark beträgt. Der „Opposition“, die bemängelte, daß der Lokalfassenbestand in dem gleichen Quartal des Vorjahres höher war, mußte erst das Gedächtnis geschärft werden. Im dritten Quartal 1928 war nämlich der Lokalfassenschlag z. B. in der ersten Klasse um 10 Pf. pro Woche und Mitglied höher als jetzt. Nach der Einführung der Invalidenunterstützung ist der bisherige Lokalfassenschlag herabgesetzt worden, während die Lokalfasse die gleichen finanziellen Verpflichtungen hatte wie bisher.

Bei der Neuwahl der turnusmäßig auscheidenden Mitglieder der Ortsverwaltung Eckert, Tirpitz, Holz, Müller, Studella und der Erziehung für Tischmann machte sich die Opposition durch Gegenanschläge bemerkbar. Die Kommunisten waren sich aber über die Qualitäten ihrer Kandidaten anscheinend selber im Zweifel und konnten die Frage des Genossen Ulrich, für welche Funktionen die einzelnen Kandidaten vorgesehen seien, nicht beantworten.

Gegen wenige Stimmen der Opposition wurden die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung wiedergewählt. An Stelle des Genossen Tischmann wurde gegen 4 Stimmen der Obmann der A.G. Brunnenstraße, Genosse Fritz Köcher, gewählt.

Dem vorzüglichen Referat der Genossin Toni Sender über den Young-Plan wußten die Kommunisten auch weiter nichts entgegenzusetzen, als das Rezept, diesen Zahlungsplan durch die



Schenkt einander
SALAMANDER
SCHUHE,
dazu noch die passenden Strümpfe.
Elegante Überschuhe

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Deuts. Mittwoch, 19. Uhr, tauchen die Gruppen: **Kesseln:** Jugendheim Prager, 20 (Sof.). Literarischer Abend: Ein Strauß durch die besten Dialektliteratur. — **Süden, Südwesten:** Gruppenheim Götz, Jugendheim Reich, 11 (Koblenzgebäude). **West:** Unsere Gruppen in West, Süd und Ost. — **Zentrum:** Jugendheim Reddenberg, Str. 24-25, Holmbelvedere, Beinet, Heimanowelle und Verbandsbücherei mit. — **Westliche Gruppen:** Westliche, Oststr. 36, Holmbelvedere, Geburtskassen der Gruppe. — **Westliche:** Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 20, Holmbelvedere, Heimanowelle und Verbandsbücherei mitbringen. — **Beim Schützenweg:** Jugendheim Gräffstr. 16, Gruppenabend.

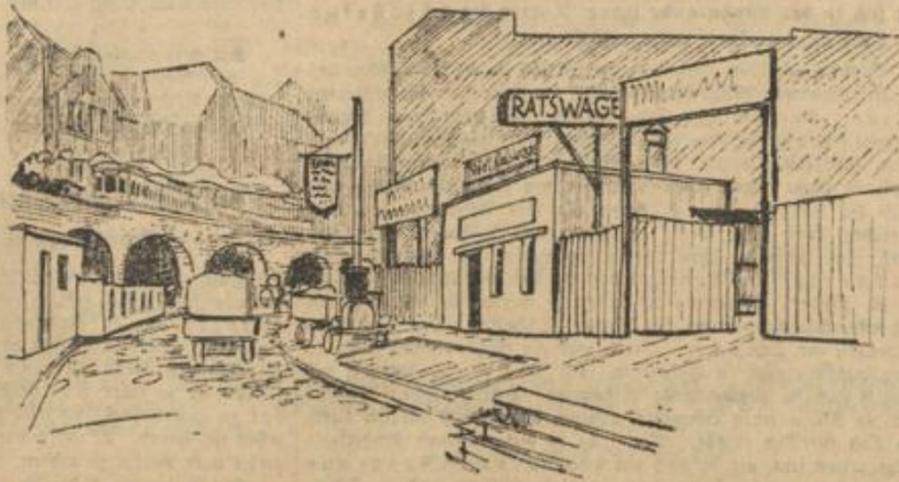
Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten.

Deuts. Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Geländesport:** Jugendheim Gedenkbücherei, 1 (Edinburgh) 3. Etz. Vortrag: „Streikfälle durch die Wirtschaftskrisen“. Referent: Willi Terzow. — **Westliche:** Jugendheim der Schule Viktor Str. 18. Vortrag: „Kulturfragen der Gegenwart“. Referent: Kurt Pasow. — **Korbball:** Jugendheim Panzer Str. 62 (Sonder 2). Vortrag: „Der Korbball in der Wirtschaft“. Referent: Heinz Mann. — **Stalau:** Jugendheim der Schule Gohlerstr. 61. Gruppenbesprechung. — **Neutal:** Jugendheim Köpenicker Str. 1-4, Ecke Kanner Straße. Besuch der Werksbesichtigungsammlung. — **Östlich:** Jugendheim Wannsee Str. 128. Vortrag: „Kulturfragen der Gegenwart“. (Arbeitsbücherei, Kulturorganisationen, Film, Theater). Referent: Kurt Dörke. — **Spandau:** Jugendheim Lindenauer 1. Beimbabend. — **Waldow-Romow:** Jugendbücherei Romow, Prietrichstraße, Telesabend.

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geuer; Schriftf.: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Eitelner; Anzeigen: A. G. Köcher; Lokales und Sanitäts: Fritz Köcher; Anzeigen: Th. Meier; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Biers 2 Bellagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Es gibt noch Ratswagen.

Ratswagen — das klingt so nach Kleinstadt und Dörf. Wer weiß, daß es in Berlin jetzt 25 bis 30 Ratswagen gibt, auf die einzelnen Bezirke verteilt? Zwar ist ihre Anspannung nicht mehr so groß, sie führen fast alle ein beschauliches Dasein. Die Kleinbetriebe verschwinden eben immer mehr, und jedes größere Unternehmen hat natürlich eigene große Wagen, die ganze Gespanne und Lastwagen aufnehmen können. Immerhin bedeutet die Zahl 40 das Minimum der Tagesbenutzung der Ratswagen in der Dirschenstraße, die unser Bild zeigt und die wir näher ansehen wollen. In der Hauptsache wird die große Woge benutzt, die ganze Kraftwagen mit Ladungen bis zu 15 000 Kilogramm aufnehmen kann. Auch schwerere Wagen werden gemoggen. Unter genauer Innenehaltung des Radabstandes erst der vordere, dann der hintere Teil. Das Gesamtgewicht wird daraus errechnet. Was wird gemoggen, Kots-, Eiß-, Papierladungen, leere Wagen nicht nur von Betrieben aus der Nähe. Die Straßenpolizei läßt Wagen zur Feststellung ihres Eigengewichts auffahren. Kamentlich in letzter Zeit werden oft solche Prüfungen vorgenommen, da viele Brücken und Straßen Beschädigungen aufweisen, die von zu schwer beladenen Fahrzeugen herühren. Das ist kostenlos, sonst werden für je 100 Kilogramm 4 Pf. Gebühr erhoben. Die nahegelegenen Markthallen werden entlastet. Waren, für die Berlin nur Umladestation ist, werden



hier gemoggen und gleich weitergeschickt. Ueber jedes Gewicht wird eine Bescheinigung ausgestellt. Außer der großen Zentseimalwoge dient noch eine Dezimalwoge zum Wiegen geringerer Mengen. Auch Personen können gegen eine Gebühr von 3 Pf. ihr Gewicht feststellen lassen. Da ist die Konkurrenz der vielen automatischen Wagen jedoch so groß, daß wohl kaum ein Berliner weiß, daß ihm die „Ratswoge“ eine Bescheinigung über sein Gewicht ausstellt.

Dann ist noch eine Woge für Edelmetalle und ähnliches vorhanden, die Gewichte bis zu ein Tausendstel Gramm feststellen kann. Von einem Tausendstel Gramm bis zu 15 000 Kilogramm und darüber kann also auf den Ratswagen gemoggen werden.

Dortmunder Blutat aufgefklärt.

Der Mörder stellt sich selbst der Polizei.

Dortmund, 3. Dezember.

Der Mörder der Frau Kiefer, der frühere Anstreicher Hugo Ruelles aus Duisburg, stellte sich am Dienstag vormittag selbst der Polizei. Er hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Ueber die Tat machte er folgende Angaben: Er habe nicht beabsichtigt, Frau Kiefer zu töten. Er habe die Frau wirklich geliebt und sei sehr eifersüchtig gewesen, als er erfahren habe, daß sie auch anderen Männern nicht unzugänglich war. Das Messer habe er sich aus einer Lederhandlung gekauft, um sich vor Angriffen der Anhängerin der Frau Kiefer zu schützen, die ihn schon wiederholt angegriffen habe. Am Abend vor der Tat hatte der Mörder und Frau Kiefer in mehreren Gastwirtschaften der Stadt dem Alkohol reichlich zugesprochen. Ruelles will zur Zeit der Tat so betrunken gewesen sein, daß er nicht gewußt habe, was er tat und im Streit einfach zugestoßen haben.

Am 11. Oktober dieses Jahres hat das Schwurgericht in Traunstein den ehemaligen Arbeiter Bachmann aus Rosenheim wegen Mordes zum Tode verurteilt. Bachmann wurde von seiner Geliebten, Theresia Geltermaier, auf Zahlung von Alimenter

verklagt und trotz des Meineides eines gedungenen Freundes zur Zahlung verurteilt. Darauf entschloß er sich, seine Geliebte zu töten, was er auch am 27. April in der näheren Umgebung Rosenheims ausführte, indem er der Geltermaier einen bereitz gehaltenen Strick über den Kopf warf und sie erwürgte. Der erste Straffenat hat jetzt die von Bachmann gegen das Traunsteiner Urteil eingelegte Revision in vollem Umfange verworfen. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden.

Unter den Rädern des Zuges.

Selbstmord auf dem Bahnhof Börse.

Große Aufregung rief gestern der Selbstmord eines jungen Mannes auf dem Stadtbahnhof Börse hervor. Der Lebensmüde stürzte sich vor einem einjahren elektrischen Zug und wurde auf der Stelle getötet. Durch das starke Anlehen der Bremsen, die vom Zugführer sofort in Tätigkeit gesetzt wurden, entstand Kurzschluss und ein Kabelbrand. Der Verkehr ruhte längere Zeit.

Um 10.47 Uhr lief auf Bahnhof Börse der in Richtung Friedrichshagen fahrende fahrplanmäßige Zug ein. Etwa in der Mitte des Bahnsteigs, auf dem sich zahlreiche Reisende befanden, stand ein junger Mann, der plötzlich, als der Zug einfuhr, mit beiden Händen das Gewicht bedeckend haltend, sich auf die Schienen warf. Der Zugführer und sein Begleiter, die den Vorfall sofort bemerkt hatten, versuchten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bremsen. Es gelang den Bahnbeamten jedoch nicht mehr, den Zug zum Halten zu bringen, und die Räder

gingen über den Körper des Unglücklichen, dem beide Räder abgefahren wurden, hinweg. Bei dem heftigen Aufprall, der durch das plötzliche Anhalten des Zuges hervorgerufen wurde, wurden die Fahrgäste zum Teil von ihren Sitzen geschleudert; glücklicherweise ist dabei niemand zu Schaden gekommen. Infolge des starken Bremsens war ein Kabel in Brand geraten. Die Gefahr konnte durch Sandaufwerfen bald beseitigt werden. Viel schwieriger gestaltete sich die Bergung des Selbstmörders. Die Strecke mußte stromlos gemacht und der Wagen von der alarmierten Feuerwehr hochgehoben werden. Der verstümmelte Leichnam wurde ins Schauhaus gebracht. Von der Polizei wurde der Tote als ein 23jähriger Bruno Romanus aus der Boghagener Straße 118 ermittelt. Die Gründe zur Tat sind noch unbekannt.

Der Stadtbahnverkehr erlitt durch den Vorfall empfindliche Störungen. So gut es ging, wurde der Betrieb durch Pendel- bzw. Umsteigerverkehr aufrechterhalten. Um 11.17 Uhr, also nach halbstündiger Dauer, konnte der Verkehr dann wieder planmäßig durchgeführt werden.

Gegen 12 Uhr mittags geriet auf dem Hochbahnhof Gleisdreieck eine Frau beim Aufspringen zwischen Perron und Wagen. Die Verunglückte wurde von der Feuerwehr aus ihrer qualvollen Lage befreit und mit schweren Beinverletzungen ins Elisabethkrankenhaus gebracht.

Europas größtes Kraftwerk.

Ausbau des Großkraftwerkes Golpa-Zschornewitz beendet

Bitterfeld, 3. Dezember.

Dieser Tage wurde mit der Inbetriebnahme der beiden neuen 100000-Kilowatt-Turbogeneratoren der Ausbau des Großkraftwerkes Golpa-Zschornewitz beendet. Damit ist dieses Kraftwerk, das den Reisenden an der Strecke nach Halle und Leipzig durch seine 15 riesigen Säule auffällt, zum größten Kraftwerk Europas und sogar zum größten Braunkohlekraftwerk der Welt geworden. Zur Kühlung der beiden neuen Turbogeneratoren, die die größten bisher in Europa zur Aufstellung gelangten sind, wurden drei gewaltige Beton-Kühltürme errichtet.

Der Vorstand der Stadtverordnetenfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion der neugewählten Stadtverordnetenversammlung trat gestern zu ihrer ersten Fraktions-sitzung zusammen, um sich ihren Vorstand zu wählen. Gewählt wurden die folgenden Genossen: zum 1. Vorsitzenden Jäsan, zum 2. Vorsitzenden Kiese, zum 1. Schriftführer Roblison, zum 2. Schriftführer Kille, zu Beisitzern Rich. Borch, Publiß, Claus, Frau Frankenthal, Ulrich. Genosse Helmann hat auf Wiederwahl zum Beisitzer verzichtet, weil seine Arbeit im Hauptauschuß des Reichstages ihn stark in Anspruch nimmt.

Todessturz von einer Leiter.

Bestern nachmittags ereignete sich vor dem Hause Hausvogteiplatz 1 ein tödlicher Unfall. Der 33jährige Fensterputzer Max Heiden aus der Elisabethstr. 4 stürzte aus 10 Meter Höhe von einer Leiter und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Heiden wurde in bewußtlosem Zustande nach der Universitätsklinik in der Birgerstraße gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Entlieferung an den Folgen der schweren Kopfverletzung starb.

Eine Schülerin als Lebensretterin. Die 16jährige Schülerin Erika Döbel aus der Prinzenallee 80 hat am 31. Juli d. J. eine 19jährige weibliche Person aus dem Wellensee vom Tode des Ertrinkens gerettet. Im Namen des Preussischen Staatsministeriums bringt der Polizeipräsident diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Rettungstat mit dem Ausdruck seiner besonderen Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.



Er hat mir von unserer Zukunft geschrieben, es wäre alles leicht, wir würden bei einem seiner Freunde leben, einem Regimentskameraden, auf dem Bunde, in Hessen, bis der Widerstand seiner Eltern gebrochen ist — er meint, weil ich nicht reich und nicht adlig bin. Sieh, er schreibt in seinem letzten Brief, daß der Widerstand seiner Eltern durchaus nicht so schwer zu besiegen sei. Denn, schreibt mir Hans, er hat eine Schwester, und sie hat einen de Castro zum Mann; da könnten seine Eltern nicht anders, schreibt Hans, sie müßten ihm vergeben, daß er ein bürgerlich Mädchen heiraten will. Er weiß noch nicht alles, aber ich glaube daran, es würde alles noch gut, hätte ich nur Zeit, deinen Namen zu behalten! Vergiß nicht, Hans und ich kennen uns jetzt nur seit Tagen, wenn auch mehr als ein Jahr vergangen ist. Wir haben Briefe gewechselt genug, aber Briefe — Briefe sind nicht wie Besprechungen. Und nun frage ich dich: Wenn das nun keine Liebe zerreiht? Ich habe ja keine Zeit, rief sie schmerzvoll und wand sich, das Kind an der Brust. „Keine Zeit, ihm zu zeigen, was ich ihm sein will und kann. Sage mir doch, wie soll es in Hessen werden, wenn ich mich bei meinem Namen nennen muß! Es wäre uns beiden, Hans und mir, weit besser gewesen, ich hätte ihn niemals so sinnlos geliebt, um das alles zu tun! Dann wäre das Kind, das nun unglücklich werden soll, nicht geboren; es lebt ja noch heimlich und hat keinen Namen. Geblieben wäre uns nur die Erinnerung. Was hast du?“ unterbrach sie schluchzend. Denn Christine Galt lachte ihr barisches Gelächter, das sie immer lachte, wenn sie wichtiger Dinge wegen lachte.

Sie riß ihre Handtaische offen, mit der sie gekommen war, wühlte darin herum, und dann präsentierte sie Esther Rubin ein Bündel zusammengeschürter Papiere.

„Christine Galt“, rief Christine Galt mit gedämpfter Stimme, „gib mir meine Papiere und hier hast du die

deinen!“ Und da Esther nur stumm dasigen konnte und mit ihren Augen die Freundin betrachtete, nahm Christine — die in diesem Augenblick eine Empfindung hatte, als wäre sie zwei Personen auf einmal — eben darum überhaupt niemand mehr — den Säugling behutend von der Mutter fort.

„Ich habe keinen Angehörigen in dieser Welt, meine Tante ist tot — und die Welt, in der meine Eltern leben, gehört nicht zu unserer Welt, man nennt sie die neue. Wir vertauschen uns, ho! Wir verwechseln uns! Um mich kümmert sich keiner. Und der Krieg ist aus, das bedeutet für mich: Amerika. Ich komme als Esther Rubin nach drüben hinüber, und du kommst als Christine Galt nach zum Glück. Meine Eltern werden mir Reisegeld schicken, und wenn ich erst auf dem Ozean schwimme, werfe ich den falschen Namen in die Tiefe. Ich werde sagen, ich hab ihn verloren, er ist mir gestohlen worden, ho, ho, und drüben legitimieren mich meine Eltern. Und du — du verschwindest mit deinem Hans und dem Kinde zu euren Freunden in Hessen, läßt aber niemanden in unserer Heimat erfahren, wo du eigentlich bist.“

„Aber Ragda muß es doch wissen.“
„Ja, leider. Wir müssen sie zu unserer Vertrauten machen. Und einmal, in einer berückenden Stunde, verstehst du, ho, ho, erklärst du Hans deine ganze Liebe, und zeigst ihm, wieviel gefährliche Sachen du um deine Liebe geduldet, ertragen, getan hast. Verstehst du... Christine? Zum Teufel, Christine! Tu deiner Freundin Esther Rubin nun endlich den Gefallen, um den sie dich bittet, und gib mir ihre Papiere heraus!“

Albert kam aus dem Kriege zurück und bewohnte mit seiner Frau das Haus in Berlin, wo er sie kennengelernt hatte. Der Graf und die Gräfin lebten auf Hohenau. Sie waren eben zum drittenmal zur Station gefahren, um ihren Sohn Hans zu empfangen. Hans kam aber auch diesmal nicht. Die Gräfin wurde fiebernd und völlig ermattet von der Sorge um ihren Sohn. Sie glaubte ihn einen der Unglücksfälle zum Opfer gefallen, von welchen Soldaten, schon auf der Heimkehr begriffen, mannigfach überrascht worden waren, wie in der Zeitung zu lesen stand.

Als sie aber nach dem Schloß zurückkehrte, lag dort eine Nachricht von ihrem Sohn. Er hatte seine frühere Absicht geändert. Er war zuerst nach Berlin gefahren, und das rückte also die Ankunft in Hohenau um einige Tage hinaus.

Nun, da konnte die Gräfin ja ruhig sein — abgleich sie

den Sohn nicht begriff, der anstatt sogleich zu den Eltern zu reisen, zuerst seine Schwester besuchen mußte.

„Wenn er Irene besuchen wollte... die Route ist natürlich günstiger“, sagte der Graf, „ja gewiß...“

Aber plötzlich hatte die Gräfin eine Eingebung. Nach Berlin! nach Berlin! Morgen schon mußte sie Hans umarmen, an derselben Stelle, wo er von ihr Abschied genommen hatte! Ein Telegramm wurde aufgegeben, einige Flaschen Wein wurden eingepackt.

Als der Graf und seine Frau am folgenden Abend in Berlin eintrafen, fanden sie Irene und Albert sehr überrascht. Hans war überhaupt noch nicht dagewesen, sie hatten keine Ahnung von seiner Anwesenheit in Berlin. Und nun begann wieder die Aufregung: Wo blieb Hans? Seine Nachricht nach Hohenau, das bewies klar der Stempel, war aus Berlin gekommen. Warum ließ er sich nun bei der Schwester nicht sehen? Wem anders als ihr galt denn sein Besuch in Berlin?

Aber denkt nur nicht, daß sie damals, in jenen unwalzenden Zeiten, aufgeregt waren nach der Art von heute. Sie hatten ja Jahre der Aufregung hinter sich, das Ungewöhnliche war zur Gewohnheit geworden, und wenn etwas geschah, das nach einem Unglück aussah, so härmte man sich, aber es war keine Sache, um die man zur Polizei lief mit Jamnern. Hans war nicht da, was konnte man tun? Man konnte still sein und warten.

Eine Frau geht zum Bahnhof, der Abend graut, sie trägt in den Armen irgend etwas verhüllt unter der grauwollenen Decke. Sie zittert, vielleicht vom Novemberregen, vielleicht spürt sie den Regen nicht einmal, denn sie geht still geradeaus und ihre Augen sind weit. Auf dem Bahnhof stellt sie sich in eine Nische hinein, ein Meer von Menschen taht an ihr vorüber, Schreie und Schluchzen und torfelnde Schritte, und gepackte Männer, gebräunt und schweigend, und Frauen, die an ihren Armen hängen und reden, sinnlose Worte, aber reden und reden. „Ja...“ sagen sie... „ja... ja...“ und... ja... du...“ sagen sie... „du bist zurück...?“ „Ja... ja...“ und... „du... ja...“ — Die Frau in der Nische gibt acht, daß niemand sie und das Verdeckte sieht, das sie trägt — denn mitunter brandet und stößt es auch in ihre Nische hinein. Sie starrt ins Gewimmel mit ihren weiten Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Peter Martin Lampel: Feme

In dem Roman "Berserkung Sunnars" schildert der jetzt eben wegen Verhaftung aus dem Gefängnis entlassene Autor einen Mord und seine Begleitumstände in allen Einzelheiten. Mit Erlaubnis des Buchverlegers der Neumannschen Buchverlagsanstalt, Neudamm a. N., entnehmen wir dem Buch folgenden Abschnitt:

Fährichsoater wollte davongehen. Aber er weiß ja nicht wohin. In diesen engen Räumen war dem, was nebenan geschah, nicht auszuweichen. Deshalb zögert er, in der Absicht, den Mann, dessen Vollmacht ihm soeben vor die Nase gelegt worden ist, zu ignorieren. Er kommt sich merkwürdig entschlossen vor.

"Einen braucht es," sagt der Mörder.

"Wir nehmen einen Sack mit Steinen, an der Ausfallpforte. Ich laß ihn in den Sack klettern, dann — hat's jeknallt — in den Fluß. Erleuchtet. Aber ist brauch noch einen Mann — „he“ ruft er: „... da kommt ja einer — marsch — hol den Arrestanten.“

Da Hans unschlüssig und betroffen zu Fährichsoater hinübersteht, schreit der Mörder auf ihn los mit all der nachdrücklichen Grobheit, zu der ein langgedienter Feldwebel überhaupt fähig ist: „Den Jenisch — soll ich die Beine machen, du Schwein?“ Die letzte Aufforderung überzeugt den Angebrüllten von dem Ernst und der Wichtigkeit des Auftrages.

„Awwohl, Herr Feldwebel —“

Hans rennt.

Der Fährichsoater hat mit einem Male alle Kraft verloren. Er fällt sich todelend.

Er redet mit dem letzten Rest an Kraft: „Ich dulde nicht —“

„Sie?“ wundert sich der Feldwebel — „Sie?“ Er sucht nach einem nachdrücklichen Ausdruck.

„Sie können mir...“ sagt der Mörder befriedigt. Jetzt hatte er den anderen so weit, wie er ihn brauchte — diesen schlappen Keel mit der Bolschewistenrolle.

Fährichsoater zergründelt sich den Kopf. Was kann er jetzt um Gottes willen bloß sagen?

Da steht er mit offenem Munde und möchte reden. Er weiß nicht was. Es fällt ihm gar nichts ein — sein Schädel kommt ihm wie ausgepuffet vor. Er hat überhaupt gar keine Gedanken mehr. Vielleicht — denkt er flüchtig — kann man den hier kaufen? Aber woher das Geld nehmen? Besser — man schaffe den Mörder jetzt auf der Stelle tot — wie widerständig: um einen Totschlag zu verhindern, will er selber jemanden aus Leben — wohin führt das?

Helj Fährichsoater steht vollkommen ratlos. Wenn er den Mörder umlegt, wird er sich schleunigt neben ihm erschließen müssen. Diese neue Vorstellung gewinnt bedrückenden Raum in seinem Hirn.

Sein schmerzender Schädel gibt nur noch den einen Gedanken her: es geht um dein eigenes Leben — du selber siehst auf der Rippe. Um welchen Preis? Oder hat gar der andere recht, nicht er? Keineswegs, er, wie Hans mit dem Jenisch im Vorgang erschein. Dieses Bild wird er sein Leben lang nicht wieder los werden.

Der junge, blasse Mensch schließt — fast tastend — er hat nur eine ungeschickte Brille an und ein zerlegtes Hemd. Mit diesen groben Händen fassen kräftig rote Fäden. Anstalts läßt sich der Jenisch an die Mauer fallen, als er den Mörder erkannt hat.

„Dall — laui —“

Der Feldwebel geht auf ihn zu. Mit langsamen, bedrohlichen Schritten.

„Du Ans —“ schreit er den Gepeinigten an. Heiser kommt sein ganzer Abscheu über den anderen:

„... bist ja somit so schön zu den Kommunisten gelautet.“

Der Jenisch streckt mit einer eckelungswürdigen Geste die Hände nach dem Fährichsoater aus.

„Herr Leutnant, heißen Sie mir doch —“

So steht er in der Helligkeit der Mittagssonne. Der Leutnant läßt ihn, ebenso heiser:

„Man wird Sie jetzt ins Lazarett schaffen, Jenisch.“

Das Lächeln des Feldwebels erlischt selbst die kleinste Hoffnung. Voll Angst stößt der Jenisch die hilflosen Hände ins Blaue. Er sieht die Augen seines Mörders vor sich.

„... lieber Herr Leutnant...“ ruft er halbersticht: „Sie wissen, was der vor hat.“

Er starrt noch immer entsetzt den Feldwebel an.

Er flüstert: „... ich bitte Sie, ich habe nichts getan...“

Der Feldwebel stößt ihn in den Gang nach der hinteren Pforte. Er schlägt seine Faust in die Rippen des Altären:

„Du kriegst so lange Hirbe, bis du die Wahrheit gesagt hast.“

Seine Schreie schallen aus dem Gewölbe zurück — brechen ab: „... rufen Sie mich doch —“

... noch einmal

— Herr Leutnant —“

Dann bleibt alles still.

Helj Fährichsoater haut sich die Fäuste vor das Gesicht. Das kann er nicht länger mehr ansehen.

Zu der Paula hat die Tür ihrer ins Fort gemauerten Wohnstube aufgerissen. „Der arme Mensch —“ kann man denn einen Menschen derart schlagen? Das klare Tageslicht hat ihr gezeigt, wie der Jenisch zugerichtet ist. Was haben Sie mit diesem armen Luder jetzt noch vor? Sie, Paula, wird nicht dulden, daß man ihn weiter verprügelt. Sie schleicht um den Kommandanten herum. Der steht mitten im Weg und sieht sie nicht. Plötzlich läuft Paula den anderen nach. Nach einem Blick wärft sie auf den Fährichsoater.

„Du lieber Gott!“ spricht sie vor sich hin. Mit einer entsetzten Betrübnis: „Die haben gar kein Herz.“

Wie lange Fährichsoater so gefoltert hat, weiß er nicht.

Der Posten meint, Herr Leutnant wäre krank. Er verläßt ihn, vorsichtig und voller Respekt, am Verma.

Aufgeschreckt erhebt er neben sich den Soldaten der Wache — denfelben, der ihn gestern Abend haß, den Jenisch ins Bett zu holen und außerdem eine Frau. Diese Frau ist sehr geblüht und hochbetagt. Sie trägt einen so langen Rock, daß er beinahe den Boden streift. Der Rock ist aus hübschem Stoff und ungewandt zurechtgeschneidert. Auch die gestricelte Jacke, die sie übergezogen hat, ist anständig. Ein graues, vorzügliches Tuch ist um Kopf und Ohren geschlagen und mit Sorgfalt unter ihrem Arm vertuscht.

Ihr Gesicht ist rot als.

Die Haut spannt sich über den Wangenknochen so eng, daß ungezählte Furchen und Fältchen wie Gitter um die Augen dieser Frau gezogen sind, nicht Moß am Mund und unter den Augen. Diese Augen sind merkwürdig hell in dem grauenhaften Gesicht.

Diese Augen bleiben unentzinnbar.

„Wie kommen Sie hierher?“ fährt der Leutnant auf. Sie scheint nicht zu verstehen, was er sagt.

Er wiederholt sich, fährt den Soldaten an. Wie könne er sich unterziehen, eine Frau ins Fort zu lassen? Das Betreten des Forts für Angehörige sämtlicher Soldaten ist verboten. „Also?“

Der Burtsche mit dem guten offenen Gesicht erinnert ihn unklar an die Szene von gestern Abend.

Auch die alte Frau nimmt jetzt die Antwort auf. Beide rufen sie — beinahe gleichzeitig — erklärend, wie selbstverständlich: „Die Mutter von Jenisch.“

„Wer?“

Fährichsoater schreit es.

Unentzinnbar sehen ihm die grauen Augen entgegen, beinahe blaß, und blank in der Pupille. Der eingefallene Mund hat verständlich gemurmelt:

„Die Mutter von Jenisch — ja.“

Ausgerechnet sie hat man hereingelassen.

Sie deutet auf die dunklen Gänge, hinter ihm.

„Da ist es aber finster,“ sagt sie, „wo steckt der Junge bloß?“

Wie lange sie nach ihm gesucht hat!

„Sie wollen Ihren Sohn besuchen?“ stottert der Fährichsoater, „leider ist er gerade heute nicht hier.“

„Ich kann ja warten,“ sagt die alte Frau geduldig.

Helj Fährichsoater ist erschöpft.

„Es wird zu lange dauern.“

Sehr traurig ist es schon und will ihr gar nicht in den Kopf, daß sie den Gottlieb am Ende ihrer Reise nicht sehen soll. Der Herr wird das verstehen. Der Herr möchte vielmals entschuldigen.

Helj Fährichsoater fühlte seine Hand gepackt.

Sie wandert sich zum Gehen. Sie bedankt sich vielmals: wofür? Da fällt ein Schuß.

Indianergeschichten / Erzählt von Hans Rudolf Rieder

Ranebojo und der Marder.

Es war im frühen Winter, im Monat, wenn die Seen und Flüsse zufrieren. Ranebojo kam an einen See. Außer dem schönen glatten Eise hüpfte der Marder umher; Ranebojo sah, daß er sich mit irgendeinem neuen Spiel ergötze. Er lief neugierig hinaus, um zuzusehen. Der Marder hatte sich zwei klein Steinchen an das Schwanzende gebunden. Wenn er nun auf dem Eise umherhüpfte, dann klapperten die Steinchen hinterdrein, und das machte ihm Freude. „Pem, pem, pem“, klapperte es.

Ranebojo freut sich auch. Er ließ eine Welle nebenher, dann rief er: „Mein kleiner Bruder, laß mich doch auch mitspielen.“

„Wie willst du es machen? Du hast ja keinen Schwanz.“

„Nun, du kannst mir doch hinten eine Schnur befestigen und dann die Steinchen an das andere Ende binden.“

„So, du hast recht, so ging es vielleicht zu machen.“

Ranebojo gab dem Marder eine Schnur und hielt ihm sein Hinterteil hin. Aber dem Marder froren die Finger bei dem Knüpfeln, es dauerte ihm auch zu lang. Er schnitt dem Ranebojo den Hinterrücken auf und zog ein Stück Darm heraus. Daran befestigte er die Steine. „So, nun hast du auch einen Schwanz. Laufe du voran, ich folge hintenach. Wir wollen sehen, ob es gut geht.“

Sie liefen beide über das Eis und die Steinchen des Ranebojo klapperten eben so schön wie die des Marders. „Pem, pem, pem“, klang und klapperte es hinter ihnen drein.

Wie sie so im Kreise um den See liefen, bemerkte der Marder, daß Ranebojos Darm sich langsam immer weiter herauspölte. Er dachte: „Möge ich das mit der Zeit noch tun. Es wäre wohl gut, wenn ich mich aus dem Wege machte.“ Er sprach zu Ranebojo: „Wir wollen das Spiel nun anders versuchen. Lauf du nach links um den See und laß mich nach rechts herumlaufen. Dann treffen wir uns draußen auf der gegenüberen Seite.“

Sie liefen also jeder in der entgegengesetzten Richtung.

Als der Marder die halbe Strecke gelaufen war, ging er ans Her, band seine Steinchen los und machte sich schleunig davon. Ranebojo sah indessen weiter. Er bemerkte, daß die Steinchen nicht mehr so laut klapperten wie zuerst. Es klapperte immer noch „pem, pem“, aber das klang wie aus weiter Ferne. Er drehte sich um, da sah er, daß sein ganzes Eingeweide hinten nachschleifte. „Heut hat der Marder wieder eine Dummheit gemacht.“

Er hängte sich den Darm vorsichtig über den Arm und eilte nach Hause. Die Großmutter sprach: „Was bringst du mir da,

mein Enkel, etwas zu essen?“ „Hilf mir ein wenig, diese Därme wieder zu ordnen. Sie waren nicht richtig. Ich habe die letzte Zeit immer Bauchweh gehabt.“

Der Kogot und die Zauberpfeife.

Der Kogot (Präriewolf) war so hungrig, daß er nicht still sitzen konnte. Er wanderte kreuz und quer umher, aber er fand nichts zu essen. Gegen Abend kam er an eine Hütte, da lagen rings herum ganze Haufen von Vogelknochen. Er dachte: „Warum sind hier so viele Vögel gestorben? Sollte der Mann vielleicht etwas zu essen haben?“ Er trat in die Tür und ging hinein.

Darinnen saß ein Mann, der trug einen wunderschönen Mantel aus lauter Enten- und Gänsefedern. Der Mann lud den Kogot ein. „Komm nur herein und setz dich. Hast du vielleicht Hunger?“ fragte er. Der Kogot antwortete: „Es ist nicht darum, daß ich komme; aber wenn du gerade essen willst, dann könnte ich wohl mit essen.“

An einer Zeltstange hing eine keltam gefärbte Pfeife. Der Hals war mit dem Hals einer Wildente überzogen, das Mundstück bestand aus einem Gänseknobel. Bunte Füllgefäße hingen herab, es sah recht schön aus. Der Mann nahm die Pfeife herunter, stopfte sie und begann zu rauchen. Er pöste diese Rauchwolken in die Luft. Da schwirrten plötzlich in den Rauchwolken lauter Enten und Gänse. Der Mann läugte und bereitete sie zum Essen.

Der Kogot bekam ein gutes Maßt, er aß, bis sein Bauch ganz rund aus seinen mageren Rippen herausstand. Dabei bewunderte er immer die zauberhafte Pfeife. Er sprach: „Du hast da eine Pfeife, die mir gefällt. Willst du sie mir schenken?“

„Nein, die Pfeife kann ich dir nicht schenken. Aber wenn du Fleisch mitnehmen willst, so gebe ich dir, soviel du tragen kannst.“

„Es ist nicht notwendig, mir Fleisch mitzugeben. Wir haben zu Hause immer genügend Vorräte.“

Er dachte aber bei sich: „Warum soll ich mich mit dem Fleisch schleppen? Ich werde ihm einfach die Pfeife stehlen.“

Er legte sich in der Hitze schlafen, wartete aber nur, bis der andere tief einatmete, dann stand er leise auf, nahm die Pfeife und schlich davon. Er wanderte bis zum Sonnenaufgang. „Nun bin ich wohl in Sicherheit. Ich habe aber auch Hunger bekommen, es ist Zeit, ein gutes Frühstück zu machen.“ Er stopfte die Pfeife, zündete sie an und qualmte diese Rauchwolken bald begann es in den Wolken zu schwirren, aber statt Enten und Gänse waren es hunderte von Stechmücken. Die fielen über den Kogot her und zerstückten ihn, daß er schreien davonfiel. Dabei verlor er die Zauberpfeife und fand sie nie wieder. Wahrscheinlich flog sie von selbst zu ihrem Herrn zurück.

J. P. Mayer: Thomas Hobbes

Zu seinem 250. Todestag.

In dem ökonomisch fortgeschrittensten Lande Europas, im England des 17. Jahrhunderts, kündigt sich zuerst jener große Prozeß an, in dem sich das Bürgerium seinen Anteil an der Beherrschung des Staatsapparates sichert. Die Macht des englischen Absolutismus wurde in den revolutionären Kämpfen des 17. Jahrhunderts gebrochen. England wurde zum Vorbild von Voltaire, Montesquieu, Rousseau, die dann ein Jahrhundert später in Frankreich die Epoche der großen französischen Revolution ideologisch einleiteten. — Thomas Hobbes ist der bedeutendste Lehrer dieses neuen Staatsbewußtseins, das sich in dieser Epoche des 17. Jahrhunderts in England durchsetzt.

1588 wurde Hobbes in Malmesbury als Sohn eines unwissenden Predigers geboren; schon als Sechsjähriger lernte der frühreife Knabe Lateinisch und Griechisch. Nach Abschluß seiner Studien wurde er Erzieher in hochgestellten Adelsfamilien, deren Söhne er auf langjährige Auslandsreisen, die ihn nach Italien und Frankreich führten, begleitete. Auf diesen Reisen trat er mit den größten Gelehrten seiner Zeit in nähere Berührung. Galilei besuchte er in Italien, Merenne, Gassendi, Descartes traf er in Paris. Von 1640 bis 1651 lebte er in Paris, das seit dem Mittelalter das Zentrum des europäischen Geisteslebens war. Seine Tätigkeit als Erzieher ließ ihm jedoch Zeit zu schriftstellerischer Arbeit. Die Krise, in denen Hobbes lebte, zwangen ihn, sich mit den politischen und sozialen Problemen seiner Zeit auseinanderzusetzen. Hatte er vor 1649 die Rechte des Königs verteidigt, so wollte er mit seinem Werk „Leviathan“ seine Rückkehr nach England vorbereiten. Dieses umfangreiche Werk, das Hobbes in englischer Sprache schrieb, enthält seine Staatslehre in ihrer reifsten Fassung, fundiert auf eine universelle Anthropologie, eine Lehre vom Wesen des Menschen. In seiner zweiten Hälfte enthält der „Leviathan“ eine radikale Kritik an der Kirche und der kirchlichen Staats- und Rechtslehre. Auch im „Leviathan“ betont Hobbes die Notwendigkeit der Monarchie gegenüber einer Republik. Aber er erklärt ausdrücklich, daß ihm die Größe der Souveränität, also die Staatsmacht und Staatsgewalt wichtiger ist als die Form dieser Souveränität.

Der „Leviathan“ begründete endgültig Hobbes' Ruf als Atheist und Berräter an der Sache des Adlthums. Er mußte aus Paris fliehen und fand in England die Gunst des Lordprotektors Cromwell. Als das Protektorat zu Ende ging, durfte er sich dem Hofe wieder nähern. In seinen Altersjahren widmete er sich dem Ausbau seines philosophischen Systems. Er starb im 91. Lebensjahr am 4. Dezember 1679.

Hobbes' Philosophie hatte eine praktische Tendenz; die Welt sollte nicht anders und neu interpretiert werden, sondern Hobbes erstrebte die Veränderung dieser Welt. Logik, Ethik, Anthropologie, Sittenlehre und Staatslehre sollten aus absolut sicheren und rationalen Einsichten deduktiv aufgebaut werden. Die Wissenschaft der Philosophie soll die Menschheit aus dem Zustand der Barbarei in einen Zustand der vollendeten Zivilisation führen.

So verkündet Hobbes — wir zitieren hier Ferdinand Tönnies, den besten deutschen Kenner seiner Philosophie — „das Herannahen des Reiches der Vernunft, des Lichtes der Aufklärung. Aber er bemerkt auch das Emporkommen der kommerziellen Gesellschaft, der wilden Konkurrenz, der kapitalistischen Ausbeutung. Seine Ausdrücke „der Mensch dem Menschen ein Wolf“ und „Krieg aller gegen alle“ werden oft gebraucht, um diesen Zustand innerhalb der modernen Gesellschaft zu bezeichnen. Und es wäre ganz seinem Denken gemäß, wenn wir sagen: der habgierige Mensch wird durch entwickelte Vernunft nicht besser, sondern schlechter, aber: das Denken selber entwickelt, unter gegebenen Bedingungen — wenn einmal die Rennbahn eröffnet ist — die Habgier. Um so mehr — würde Hobbes sagen — ist die Vernunft des Gesellschafters, die konzentrierte Gewalt des Staates notwendig, um den Frieden zu erhalten, um die Schwachen gegen die Mächtigen, die Armen gegen die Habgierigen zu schützen. Aber nicht allein dadurch will er das soziale Problem, das er nur im Dämmerlicht erblickt, lösen. Mehr noch erwartet er von der wissenschaftlichen Einsicht, von der Aufklärung nicht nur der Herrscher, sondern auch des Volkes.“

Für uns ist das zivilisatorische Wert des großen Philosophen Thomas Hobbes eine wichtige Stufe im geschichtlichen Fortschritt der modernen Gesellschaft.

Kolossente in Bulgarien. In den berühmten Kolossalen Bulgariens hat die Kolossente unter den traditionellen Gebräuchen ihren Abschluß gefunden. Die diesjährige Ernte ergab nicht weniger als 7 Millionen Kilogramm Kolossenteblätter und gegen 2000 Kilogramm Kolossente. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Mehrertrag von 20 Proz. zu verzeichnen, da die vorjährige Ernte unter den katastrophalen Erdbebenshäden stark zu leiden gehabt hat. Im allgemeinen ergaben 2500 Kilogramm Blätterblätter etwa 1 Kilogramm Kolossente im Werte von etwa 110 000 Lewa oder 3300 Mark. Die Ausfuhr geht in der Hauptsache nach Frankreich, in geringerer Maße auch nach Deutschland und Amerika.

Wie lebt der Angestellte?

Ein Vergleich zwischen Arbeiter- und Angestelltenhaushalt.

Während man vergeblich fast ein Jahr lang auf die Veröffentlichung der „amtlichen Haushaltsstatistik“ gewartet hatte, glaubte jedermann, das Statistische Reichsamt würde nunmehr in rascher Folge möglichst zusammenhängend die Ergebnisse der amtlichen Erhebung von Wirtschaftsbüchern im Jahre 1927/28 herausbringen — weit gefehlt! Die Resultate erscheinen bruchstückweise in Zwischenräumen, die vorläufig eine kritische Gesamtdarstellung in weite Ferne rücken. Inzwischen hat der V. V. B. u. D., der nach der Inflation als eine der ersten gewerkschaftlichen Organisationen eine Haushaltsstatistik unternahm, bereits die ersten Ergebnisse einer neuen Erhebung veröffentlicht. An der Führung der Wirtschaftsbücher vom Jahre 1927/28 beteiligten sich diesmal 185 kaufmännische Angestellte, Werkmeister und vor allem Techniker.

Leider — aber begreiflich — waren es wieder nur die besser bezahlten Angestellten, die sich der mühevollen Aufgabe unterzogen, ein Jahr lang alljährlich alle Ausgaben zu verbuchen, eine Erscheinung, die auch die Allgemeingültigkeit der amtlichen Erhebung beeinträchtigt. Im großen und ganzen beschäftigt aber die zweite Haushaltsstatistik des V. V. B. u. D. seinen ersten Versuch, so daß die folgende Bilanz des Angestelltenhaushalts auf verhältnismäßig sicherer Basis beruht. Kleine Veränderungen ergaben sich aus den inzwischen eingetretenen Preisveränderungen, der etwas anderen Zusammenfassung der Familien und durch die Gehaltsunterschiede.

Bilanz des Angestelltenhaushalts.

Monatliche Einnahmen.

I. Arbeitseinkommen:		
Bruttogehalt des Mannes	348,41 M.	83,6 Proz.
Rebenerwerb des Mannes	16,97	4,1
der Frau	7,49	1,8
der Kinder	9,25	2,2
II. Andere Einkommen und zwar aus:		
Untervermietung, Renten u. m.	18,08	4,3
III. Kapitalbewegung:		
Abgehobene Spargelder	6,27	1,5
Gehaltsvorschuß u. langfristige Darlehen	10,59	2,5
Summa	417,06 M.	100,0 Proz.

Monatliche Ausgaben.

I. Nahrungs- und Genußmittel	137,99 M.	33,6 Proz.
II. Wohnung (einschließlich Heizung und Beleuchtung)	81,46	19,8
III. Bekleidung und Wäsche	47,66	11,6
IV. Sonstige Lebensbedürfnisse	119,02	28,8
V. Kapitalbewegung:		
a) Ersparnisse	14,25	3,6
b) Schuldentilgung	10,90	2,6
Summa	411,28 M.	100,0 Proz.

Vor allem sind die Ausgaben für die Wohnung in den letzten drei Jahren wesentlich gemindert, nicht nur, daß die Miete von 90 auf 120 Proz. der Friedensmiete anstieg, sondern in ständig wachsendem Maße vergrößern sich auch die Aufwendungen für die Neuanfassungen im Haushalt. Man beginnt allmählich die Löcher zu stopfen, die Krieg und Inflation im Angestelltenhaushalt gerissen haben. Wieder fallen die verhältnismäßig geringen Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel für eine Familie von 3,5 Köpfen auf.

Als Ganzes ergibt sich nun folgendes Bild bei dem Angestelltenhaushalt der Nachkriegszeit: ein Drittel aller Ausgaben entfällt auf die Nahrung, fast ein Fünftel auf die Wohnung, knapp ein Viertel auf die Bekleidung — der große Rest dient den sonstigen Lebensbedürfnissen, wobei die zwangsläufigen Ausgaben für Steuern und Versicherungen eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Es ist nun außerordentlich reizvoll, diese Bilanz des Angestelltenhaushalts mit der Lebensführung des Arbeiters zu vergleichen. Dazu bietet die amtliche Haushaltsstatistik, die auf Wirtschaftsbüchern fast derselben Zeit beruht, eine glückliche Möglichkeit. In der amtlichen Erhebung beteiligten sich 84 Arbeiterfamilien mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 419 M., während die monatlichen Einnahmen der vom V. V. B. u. D. untersuchten Angestelltenfamilien 417 M. betragen. Es ist nun gewiß kein Zufall, daß die durchschnittliche Kopfzahl der Arbeiterfamilie 4,9, der Angestelltenfamilie aber 3,5 beträgt. Die rationelle Beschränkung der Kinderzahl zeigt sich in Angestelltenkreisen schneller durch als in Arbeiterkreisen.

	im Haushalt	
	des Arbeiters	des Angestellten
Arbeitseinkommen des Mannes	66,5 Proz.	83,6 Proz.
Rebenerwerb des Mannes	1,2	4,1
der Frau	6,0	1,8
der Kinder	16,6	2,2
Sonstige Einnahmen	7,2	4,3
Abgehobene Spargelder	1,0	1,5
Vorschüsse, Darlehen	1,2	2,5

	im Haushalt	
	des Arbeiters	des Angestellten
Nahrungs- und Genußmittel	41,5 Proz.	33,6 Proz.
Wohnung einschl. Heizung u. m.	16,9	19,8
Bekleidung und Wäsche	14,6	11,6
Sonstige Lebensbedürfnisse	23,1	28,8
Ersparnisse	2,8	3,6
Schuldentilgung	0,9	2,6

Aber der Vergleich wird noch interessanter, wenn man den einzelnen Positionen der Bilanz nachgeht. Im Angestelltenhaushalt spielt der Rebenerwerb des Mannes eine verhältnismäßig große Rolle, weil hierbei die Ueberstunden, Gratifikationen mit zur Verrechnung kommen. Dagegen spielt der Rebenerwerb der Frau mit 1,8 Proz. aller Einnahmen eine wesentlich kleinere Rolle als im Arbeiterhaushalt, wo die Frau 6 Proz. aller Einnahmen beibringt. Noch deutlicher wirkt sich die verschiedene Struktur der Arbeiter- und Angestelltenfamilie aus bei den im Haushalt abgegebenen Einnahmen der Kinder, die im Arbeiterhaushalt auf 16,6 Proz. der Gesamteinnahmen steigen. Wiederum eine ganz andere Rolle spielen Vorschüsse, Spargelder, Darlehen im Angestelltenhaushalt als unter den in gleichen finanziellen Verhältnissen lebenden Arbeiterfamilien.

Dieselbe Verschiedenheit findet sich auf der Ausgabeenseite des Haushaltsbudgets wieder. Im Angestelltenhaushalt entfallen nur 33,6 Proz. aller Ausgaben auf die Nahrung, im Arbeiterhaushalt 41,5 Proz. — der Arbeiter hat aber 4,9 und der Angestellte nur 3,5 Köpfe zu ernähren. Die Größe der Familie wirkt sich auch bei den Ausgaben für die Bekleidung aus, dagegen nicht im Aufwande für die Wohnung.

Der Angestellte stellt wesentlich höhere Ansprüche an die Wohnung als der Arbeiter — aber der Aufwand an Bekleidung in den besser bezahlten Arbeiterkreisen ist heute kaum weniger als bei den Angestellten.

Die hier bemerkt hervorgehobene Verschiedenheit im Haushalt des Arbeiters und des Angestellten darf nicht zu Fehlschlüssen verführen. Im großen und ganzen hat sich im Vergleich mit der Vorkriegszeit zweifellos eine wesentliche Angleichung in der Lebensführung des Arbeiters wie des Angestellten vollzogen. Auch im Arbeiterhaushalt sind seit der Kriegszeit die Ausgaben für die sonstigen Lebensbedürfnisse zwangsläufig durch Steuern, soziale Abgaben auf Kosten des Nahrungsaufwandes gestiegen.

nehmens von Henschel in eine Aktiengesellschaft und die Verschmelzung der Münchener Waffei AG. mit dem Koffeler Unternehmen durchgeführt. Zugleich war er der schärfste Vertreter einer durchgreifenden Rationalisierung und Konzentration im Lokomotivbau.

Sein Ausscheiden aus dem Henschelkonzern hängt mit Differenzen zusammen, die nach der Fusion mit der Waffei AG. zwischen Vorstand und Aufsichtsrat entstanden sind. Die Leitung des Konzerns ist jetzt wieder an Oscar Henschel übergegangen.

Klagen gehört zum guten Ton.

Zum Abschluß des München-Augsburger Maschinenkonzerns

Schon seit Jahren läßt die Verwaltung der Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg A.-G., die zum Haniel-Konzern gehört, in ihrem Geschäftsbericht die gleiche Balge spielen. Regelmäßig wird der an und für sich dürftige Jahresbericht zum größten Teil mit Klagen über zu hohe Löhne, Sozialkosten und mangelnde Kapitalbildung ausgefüllt.

Dabei sind die Abschlüsse der Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg Musterbeispiele dafür, wie vor der Deffektivität Gewinne versteckt werden. So ist im letzten Jahr wie auch diesmal eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung angelegt, obwohl allein der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn mehr als 13 Proz. des Kapitals beträgt. Aber auch dieser Reingewinn scheint vorher ganz erheblich zurückgesetzt worden zu sein. Von den ausgewiesenen 2,7 Millionen Mark entfallen nach dem Geschäftsbericht nämlich nur 1,2 Millionen Mark auf das abgeschlossene Betriebsjahr, während 1,5 Millionen Mark aus dem Gewinnvortrag des letzten Jahres entnommen sind. In dem Bericht erwähnt aber die Verwaltung, daß der Umsatz bei einer von 15 300 auf 15 030 Mann verringerten Belegschaft gestiegen sei, so daß der Gesamtumsatz in dem abgeschlossenen Betriebsjahr auf 130 bis 135 Millionen Mark geschätzt werden kann.

Der im letzten Jahr erzielte Reingewinn von 1,2 Millionen Mark würde aber bedeuten, daß die Gesellschaft mit einem Nutzen von weniger als 1 Proz. gearbeitet hätte. Auch wenn man in Betracht zieht, daß verschiedene Auftragsverträge vielleicht nur die Selbstkosten gedeckt haben, muß eine derartige Gewinnrechnung nach den Durchschnittsergebnissen im deutschen Maschinenbau grotest anmuten. Die Verwaltung muß auch selbst zugeben, daß, abgesehen von den ordentlichen Uebereibungen auf Gebäude und Maschinen in Höhe von 1,36 Millionen Mark, namhafte außerordentliche Rückstellungen und Uebereibungen auf Forderungen und sogar auf in Arbeit befindliche Aufträge gemacht wurden.

Bei näherer Untersuchung zeigt sich also, daß es mit der

Kontabilität bei dem Haniel-Konzern sehr gut bestellt ist, und daß neben dem hohen Gewinnzuwachs von mehr als 13 Proz. des Aktienkapitals noch reichliche Fettpolster angelegt werden konnten.

Der Konzern scheint auch zurzeit noch sehr gut beschäftigt zu sein, denn die Ueberschüsse der Besteller sind von 18,8 Millionen auf 19,3 Millionen Mark gestiegen. Da der Wert der Aufträge in der Generalversammlung vom Dezember 1928 auf 90 Millionen beziffert wurde, kann er diesmal mindestens gleich hoch geschätzt werden.

Maschinenbau und Belegschaften.

Starke Zunahme der Facharbeiterschaft.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der Spitzenverband der Maschinenindustrie, hat jetzt seinen Geschäftsbericht über die letzten beiden Jahre 1927/28 veröffentlicht. Ueber die Zahl der Beschäftigten sagt der Bericht, daß diese um die Mitte des Jahres 1926 ihren tiefsten Stand erreicht habe. Sie nahm im Laufe des Jahres 1927 und auch noch in der ersten Hälfte 1928 stetig zu, so daß die Beschäftigtenzahl um die Mitte des vorigen Jahres um etwa 35 Proz. höher war als im Anfang 1927. Im Laufe des zweiten Halbjahres 1928 gingen die Beschäftigtenzahlen jedoch um 9 Proz. zurück.

Von dem Sinken des Beschäftigungsgrades wurde die Belegschaft stärker betroffen als die Angestellten. So kamen am 1. Juli 1928 nur 217 Angestellte auf 1000 Arbeiter, dagegen am 1. Januar 1929 240; der Prozentsatz zwischen Angestellten und Arbeiterzahl hat sich also in diesen sechs Monaten ganz erheblich zugunsten der Betriebsbelegschaft verbessert. Ueberhaupt kommt in dem Verhältnis zwischen der Zahl der Angestellten und der Arbeiter in der Maschinenindustrie sehr deutlich die schärfere Auswirkung der Rationalisierung im Betrieb zum Ausdruck. So kamen auf 1000 Arbeiter 1914 nur 19,3 Proz. Angestellte, 1926 dagegen 26,3 Proz. und nach der Durchführung des Angestelltenabbaus liegt das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern mit 24 Proz. doch ganz erheblich über dem Stande von 1914.

In der Gliederung der Belegschaft in der Maschinenindustrie zeigt sich in den letzten zwei Jahren vor allem ein sehr starkes Anwachsen der Facharbeiter auf rund 52 Proz. der gesamten, im Maschinenbau beschäftigten Arbeiterzahl. In dem letzten Jahre vor dem Kriege betrug der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtbelegschaft 50,9 Proz., ging jedoch 1924 auf 48,8 Proz. zurück, um 1928 mit 52,4 Proz. seinen bisher höchsten Stand zu erreichen. Demgegenüber ist der Anteil der angelernten Arbeiter in der gleichen Zeit von 20,2 Proz. auf 19,4 Proz. und der ungelerten Hilfsarbeiter von 14,7 auf 11 Proz. zurückgegangen. In diesen Zahlen kommt die in den Betrieben vorgenommene Rationalisierung sehr deutlich zum Ausdruck.

Die Vereinfachung der Beamten auf Verwaltung, Konstruktion und Betrieb hatte sich 1927 nur unwesentlich verändert. Im Jahre 1928 dagegen trat eine Vermehrung der in der Verwaltung tätigen Beamten von 42,6 auf 43,6 Proz. ein, was offenbar auf die Tendenzen zur Exportförderung zurückzuführen ist.

Die Krise im Fahrradbau.

Zusammenbrüche fördern Zusammenschlüsse.

Die schnell hintereinander erfolgten Zusammenbrüche bzw. Zahlungseinstellungen der beiden bedeutenden Fahrradunternehmen, der Götterwerke in Bielefeld und der Elite-Diamant-A.G. hat jetzt die Zusammenbruchbewegung in dieser stark überlegten Industrie endlich in Fluß gebracht.

So sind Verhandlungen über die Vereinigung der beiden Werke mit der Fahrradfabrik Beyersburg im Gange, während für weitere Zusammenschlüsse Rünberger und Brandenburger Fahrradfabriken genannt werden. Länger als ein Jahr nach den ergebnislosen Verhandlungen in Düsseldorf ergreift also die Fahrradindustrie unter dem Druck der Verhältnisse endlich Maßnahmen, die zur Beseitigung der anhaltenden Krise in dieser Industrie schon längst reif gewesen wären.

Maschinenfabrik Krichner in Leipzig hantiert Geminne. Niedrige Dividenden werden von den Unternehmern stets dazu benutzt, um die öffentliche Meinung mit Klagen über mangelnde Kapitalbildung und unzureichende Gewinne einzunehmen. Wie willkürlich aber oft Dividendensenkungen, welche die Unternehmer dann gegen ihre Belegschaft ausspielen, vorgenommen werden, zeigt das Beispiel der Maschinenbauanstalt Krichner u. Co. in Leipzig. Diese Gesellschaft zahlt für das Geschäftsjahr 1928/29 eine von 6 auf 4 Proz. verringerte Dividende, wofür bei einem Kapital von 4,6 Millionen Mark 185 000 Mark beansprucht werden. Der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn beläuft sich jedoch auf rund 420 000 Mark, die einer Dividende von 9 Proz. entsprechen. Das Unternehmertum hält also vom Reingewinn rund 230 000 Mark als Rücklage zurück. Daß in unklarerer Wirtschaftszeit Unternehmungen sich Betriebsreserven halten müssen, liegt auf der Hand. Das Beispiel bei dieser Gesellschaft aber zeigt der Arbeiterschaft, daß die Rücklagenreserven bei Unternehmen oft weit größer sind als die ausgeschütteten Dividendensummen, und daß daher die Dividendenstatistik der Unternehmerverbände nur mit größter Vorsicht zu genießen ist.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 153,0 gegen 153,5 im Vormonat. Sie ist somit etwas zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen durch eine Senkung der Ernährungsausgaben bedingt; im einzelnen lagen die Preise für Gemüse, Butter, Brot und Mehl, Hülsenfrüchte sowie für Kartoffeln niedriger, diejenigen für Eier dagegen höher als im Vormonat. Die Indexiffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 153,0, für Wohnung 126,6, für Heizung und Beleuchtung 152,6, für Bekleidung 170,5, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 192,5.

Aufbau des deutschen Kabeltrails. In Berlin ist jetzt mit einem vorläufigen Kapital von einer halben Million Mark die Interessen-Gemeinschaft deutscher Spezial-Kabeltrails (Indesta) gegründet worden. Der Zweck dieses Unternehmens ist die Förderung gemeinsamer geschäftlicher Interessen sowie Errichtung oder Erwerb von Draht- und Kabelwerken, Telegraphen- und Telephonunternehmen sowie verwandten Fabrikationszweigen wie auch die Betätigung an derartigen Unternehmungen im In- und Auslande vorgelesen. — Diese neugegründete Gesellschaft wird das Zentrum des vor wenigen Monaten zustande gekommenen Kabeltrails bilden. Allerdings läßt die dem Handelsgericht als Zweck des Unternehmens angegebene fünfjährige Laufzeit einen rechtlich exponierten Charakter erkennen, so daß der wahre Zweck des neuen Kabeltrails vielleicht weniger auf Schutzmaßnahmen gegen die drei großen Konzerne Siemens, AEG und Telefunken u. Guilleaume zurückzuführen sein dürfte als auf das Ziel der eigenen Marktbeherrschung.

Die Reichsbank Ende November.

Starke Zunahme der Beschlagnahmen.

Der Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 30. November zeigt eine Zunahme der Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks und Lombards um 596,8 auf 2667,1 Millionen. Hierunter entfallen auf Wechsel und Schecks allein 450,2 Millionen, so daß sich der gesamte Wechselbestand der Reichsbank zum 30. November auf 2367,9 Millionen erhöht. Allerdings kommt diese Belastung der Reichsbank nach dem Stande des Geldmarktes in den letzten Tagen des November nicht überraschend und liegt auch nur wenig höher als die Belastung Ende November 1928 mit 186 Millionen. Ende Oktober hatte die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank sogar einen Zuwachs von 620 Millionen zu verzeichnen, lag also um rund 23 Millionen höher als zum 30. November.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen sind in der Berichtswache 780,5 Millionen neu in den Verkehr geflossen, also erheblich mehr, als nach der Inanspruchnahme der Reichsbank durch Wechsel- und Lombardkredite anzunehmen war. Diese Differenz erklärt sich in erster Linie durch die starken Abhebungen an Giroguthaben, die sich um 114 Millionen verminderten. Offenbar sind hier hauptsächlich Geldreserven von öffentlichen Stellen abgerufen worden. Der Gesamtumsatz an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen hat sich in der Berichtswache auf 5310,6 Millionen Mark erhöht.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen konnten in der Berichtswache weiterhin aufgeföhrt werden. Sie haben in der Berichtswache insgesamt einen Zuwachs von 11,7 Millionen zu verzeichnen, darunter 4,1 Millionen Goldbestände, die sich damit auf insgesamt 2240,4 Millionen erhöhten, und eine Zunahme von 7,6 Millionen deckungsfähigen Devisen. — Die Deckung der Noten durch Gold allein stellte sich auf 45,6 gegen 53,7 Proz., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 53,6 gegen 63,1 Proz.

Differenzen im Henschel-Konzern.

Generaldirektor Canaris zurückgetreten.

Der Leiter des Henschelkonzerns in Rassel, Dr. Canaris, ist zum 1. Dezember überraschend von seinem Posten zurückgetreten. Erst im vergangenen Jahre wurde Dr. Canaris, der vorher die Waffeiwerke in München geleitet hatte, zum ersten Direktor der größten deutschen Lokomotivfabrik bestellt, um mit der Geschäftsführung bei Henschel u. Sohn zugleich auch die Leitung in dem Konzentrationsprozeß der Lokomotivindustrie in die Hand zu nehmen.

Innerhalb der Henschelgruppe hat Dr. Canaris im Laufe des letzten Jahres die Umwandlung des bisherigen Familienunter-

Auslieferung / Filmzensur / Anleihebetrug

Zwei Reichstagsitzungen am Dienstag.

Der Reichstag verabschiedete am Dienstag die Verlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes, worauf die Abstimmungen zum Auslieferungsgesetz (zweite Beratung) fortgesetzt wurden. Der sozialdemokratische Antrag auf Einfügung eines § 6a — Ausschließung einer Bestrafung des Auszuliefernden, wie sie in Deutschland nicht besteht — wird abgelehnt, die Vorlage in der Ausschlußfassung gegen die Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten angenommen. In der dritten Beratung werden für den in zweiter Lesung auf Antrag der Kommunisten eingefügten § 4a (keine Auslieferung, wenn nicht mehr als drei Jahre Gefängnis drohen) 131 und dagegen 113 Stimmen abgegeben.

Es fehlt eine Stimme zur Befähigungsteil

Die Sitzung wird geschlossen. In der neuen Sitzung, fünf Minuten später, wird die Vorlage auf Änderung des Disziplinargesetzes in erster Lesung beraten.

Abg. Dr. Mumm (Dnat.) bemängelt die Zensurparagrafen des Gesetzes als unzureichend. Die immer stärkere Unterwühlung der deutsch-deutschen Eitlichkeit, der zunehmende Kampf gegen die Ehe muß eingeschränkt werden.

Abg. Maslowki (Komm.): Es ist bezeichnend, daß so viele Parteien öffentlich nicht zu diesem Zensurgesetz reden wollen. Ein eigentliches Zensurgesetz hat es nicht einmal im wilhelminischen Deutschland gegeben. Man will den amerikanischen Sensationsfilm fördern, den allgemein als hochwertig anerkannten russischen revolutionären Propagandafilm unterdrücken. Das soll im Interesse der Bourgeoisie geschehen, ebenso wie der Aufstuf der „Gmelin“ durch das Reich, wobei die Aufnahme der Herren Bachem und Dr. Spieker auch eine kulturpolitische Koalition von Sozialdemokraten und Zentrum beweist. Auch dieses Gesetz liegt in der Linie der herrschenden Kulturreaktion.

Abg. Schred (Soz.):

Die Entwicklung des Films hat unsere schon längst geäußerte Ansicht bestätigt, daß er ein ungeheurer Kulturfaktor ist, und daß es die größte Bedeutung hat, ihn für die Erziehung des Volkes und vor allem der Jugend nutzbar zu machen. Wir haben gegen den vorliegenden Gesetzentwurf mancherlei Bedenken. Es ist immer gefährlich, der Polizei weitere Vollmachten zu geben und ihr die Entscheidung über Fragen der öffentlichen Moral zu überlassen. Das will aber auch das vorliegende Gesetz tun, indem es Behinderung oder sogar Verbot einer Filmporführung eintreten lassen will, wenn dadurch niedrige Instinkte befriedigt werden. Auch die Vollmachten, die der Ortspolizei eingeräumt werden sollen, muß der Ausdruck gründlich und kritisch erörtern. (Zuruf rechts: Welchen Name steht beim unter dem Gesetzentwurf?) Sie müssen doch sehr gut, daß ein Künstler so manches unterzeichnen muß, damit er selbst nicht einverstandener ist. (Zuruf rechts: Ist er denn nicht eine selbständige Persönlichkeit?) Sie als getreuer Bräutigam des Herrn Hugenberg haben kein Recht, eine solche Frage zu stellen! (Sehr laut links.) Die Deutschnationalen betonen ja immer, daß ohne Profit keine Entwicklung möglich ist, und sie beziehen das auch

auf den Film. Sie halten doch daran fest, daß mit dem Besitzprivileg auch das Bildungsprivileg verbunden ist. Herrn Hugenberg und seine Partei als Richter über Nord lehnen wir ab, sie sollte auch aufhören, sich als Vertreter der Eitlichkeit hinzustellen. (Sehr laut links.) Die Volkswirtschaft auf der Linken, die eigentlich auch auf der Rechten sitzen sollten, überleben ganz, daß

mit Sozialdemokraten erst die Ausführung der revolutionären Ruffilme ermöglicht haben.

Sie (zu den Kommunisten) haben doch gar nicht die Kraft, diese zum Teil gewiß wertvollen Filme den Massen vorzuführen. Wären nicht die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Organisationen dazwischen, so wären Sie mit Ihren russischen Filmen, ganz abgesehen von der Polizei, durch Ihre eigene Unfähigkeit aufstrotzende Gefährdungen zu vereiteln. Das Wichtigste ist, das Wertvolle und Positive des Films anzuerkennen und alles aufzulieben, daß mit dem Film weitere Erziehung der deutschen Jugend und des deutschen Volkes möglich sei. (Beifall links.)

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Mit dem Kampf gegen die Zensur ist diese wichtige Kulturfrage nicht zu lösen. Es ist ein Ruhmesstief des letzten Regierungssystems, daß es den Mut hat, in solchen Wirtschaftskrisen auch von den moralischen Notwendigkeiten zu sprechen.

Abg. Frau Lang-Strumann (Soz. Vp.): Die Vorlage bringt manche Verbesserungen. Die Feststellung, was ein Schandfilm ist, wird auf große Schwierigkeiten stoßen. Das Recht der Polizei zum zeitlichen Verbot von Filmen müßte über die Vorlage hinaus erweitert werden. (Lebhafter Widerspruch links.)

Die Vorlage geht an den Ausschuh für Bildungswesen. Eine Anzahl Finanz- und Rechnungsbereiche werden Ausschüssen überantwortet.

Zur Denkschrift über die Ablösung der Markanleihen führt Berichterstatter Abg. Dr. Hergal (Dnat.) aus, daß der Wettbewerb 40,5, der Neubest 30 Milliarden beträgt. Die Anträge der Mitbewerber zeigen, daß die Interessen des Kleinbesitzes an der Ablösung gewaltig überwiegen. Unter den 2 1/2 Millionen Antragstellern sind 1/2 Millionen Frauen. Die allermeisten Antragsteller sind aus dem Mittelstand.

Falsche Anmeldungen, wie sie durch Prozesse bekanntgeworden sind, haben nur 62 festgestellt werden können, in vier Fällen trat strafrechtliche Verfolgung ein.

Ähnliche Untersuchung unter Mitwirkung der Treuhändergesellschaft hat ergeben, daß erhebliche Unterschiede zwischen der behördlichen Einschätzung des Wertes der Papiere und ihrem wirklichen Wert nicht eingetreten sind. Wann soll die Generalfregung der Kriegsanleiheablösung eintreten, womach erst die öffentlich-rechtlichen Kriegsanleihebesitzer, also Darlehens- und Sparkassen, Anstalten aller Art, an die Reihe kommen?

Abg. Torgler (Komm.) spricht über den Anleihebetrug. Unschuldig des Stinnes-Prozess hat die gesamte Presse von diesem Anleihebetrug ausführlich gesprochen. Im Stinnes-Prozess hat Rechtsanwalt Dr. Mebera gesagt, daß die Großbanken ein Zielsetzer von dem angelegt haben, was den Angeklagten nachgelagt würde. Darum sind wohl die Angeklagten so gelinde davon gekommen und darum ist es seither ganz still geworden. Auch Abg. Reil hat damals über den Anleihebetrug sehr scharf geschrieben. Wir beantragen einen Untersuchungsausschuh für diesen

Anleihebetrug der Großbanken.

sowie daß die Großbanken und die verantwortlichen Beamten strafrechtlich kastbar gemacht und strafrechtlich verfolgt werden. Dr. Hülsding will allerdings das gute Einvernehmen mit den Großbanken nicht stören, er braucht sie.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt Herbeiführung des Reichsfinanzministers, gegebenenfalls Abbruch und dann Fortführung dieser Beratung in Anwesenheit des Reichsfinanzministers.

Präsident Löbe: Nach diesen Angriffen wäre es wohl praktisch, daß der Reichsfinanzminister antwortet. Ihn jetzt herbeizuholen, hätte wenig Sinn, er müßte doch erst über die Rede des Abg. Torgler unterrichtet werden. Wir brechen also die Sitzung ab.

Der Präsident schließt vor, Mittwoch, 3 Uhr, das neue Republikstagesgesetz und die Interpellation der Deutschnationalen über das Stahlhelmsverbot im Wesen an erster Stelle zu beraten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) verlangt Beratung der Interpellation über das Liquidationsabkommen mit Polen.

Abg. Jovi (D. Vp.) hält diese Beratung für um so notwendiger, als im auswärtigen Ausschuh fast alle Parteien schwere Bedenken gegen dieses Abkommen geäußert hätten. Jedoch sei die Regierung nach gebunden, das Abkommen nicht zu veröffentlichen, in naher Zeit dürfte jedoch diese Bindung fallen.

Abg. Eindeiner-Wildau (Dnat.) fragt, was „nahe Zeit“ bedeuten solle.

Reichskanzler Müller:

Die Regierung der Deutschen Republik versteht das Wort „in naher Zeit“ nicht so, wie Herr v. Dittmer, wenn er Neumahlen für „sofort“ ankündigt, die dann aber noch jahrelang hinausgeschoben wurden. (Heiterkeit.) Die Regierung will einer Beipredung des Polenvertrages durchaus keine Hindernisse bereiten, aber so schnell kann sie nur sein, wenn der Wortlaut der Abkommen vorliegt.

Der Antrag Schulz-Bromberg wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Stöcker (Komm.), an erster Stelle die Anleihefrage fortzusetzen.

Es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung. Schluß 6 1/4 Uhr.



STAATL. FACHINGEN
Müllerei
Kornmühle

Das Gesundheitswasser!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. L. 0309 6266-41

Da ist er!



Schon jetzt wirft das kommende Fest seine Schatten voraus!

Namentlich in der Kinder-Abteilung geht's hoch her. Die entzückendsten Kleidungsstücke, wie geschaffen, um unter den Weihnachtsbaum gelegt und dort gefunden zu werden, bekommen Sie jetzt bei uns zu wirklich unglaublich

niedrigen Preisen.

Nach vielerlei Berichten stehen wir kurz vor einer sehr heftigen Kältewelle. Sorgen Sie beizeiten vor, daß Ihre Kleinen nicht frieren müssen — nutzen Sie den Mittwoch mit seinen besonders vorteilhaften Angeboten—

GEHEN SIE ZU



C&A
BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Haus- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden
Geschäften: Chausseestraße und Königsstraße

Chausseestr. 113 Königsstraße 33
Bahn Steintor Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Aus der Partei.

ICP. Der Bundesausschuss der Britischen Unabhängigen Arbeiterpartei wird sich am Samstag mit der von Marton und seinen engeren Freunden im Unterhaus eingekommenen kritischen Haltung gegenüber der Regierung auseinandersetzen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 14. Kreis Neukölln. Heute, Mittwoch, 19 Uhr. Treffpunkt im Rathaus. Die SPD-Mitglieder können am Donnerstag, 5. Dezember, im Bezirksbüro abgeholt werden.

Heute, Mittwoch, 4. Dezember.

- 23. Vgl. Jüngere Parteigenossen! 19 1/2 Uhr bei Grünwald, Rantzenbergstraße 19. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft des Genossen Dautz: 'Das Sozialistische Programm'.

Morgen, Donnerstag, 5. Dezember.

- 1. Vgl. 19 1/2 Uhr Fortsetzung bei Grottel, Schillerstr. 1. Die Genossen müssen Donnerstagabend frühzeitig abbrechen werden.

- Clarifications. 51. Vgl. Die Abteilung führt die Arbeitsgemeinschaft in der Grottelstr. 1. Die Abteilung führt die Arbeitsgemeinschaft in der Grottelstr. 1.

Frauenveranstaltungen.

- 3. Kreis Friedrichshagen. Frauenabende am Freitag, 6. Dezember. 19 1/2 Uhr im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Wohnung, Wohlfahrtsamt. Die unentgeltlichen Besuche müssen bis zum 3. Dezember in der Geschäftsstelle, Hindenburgstr. 3, zurückgegeben werden.

Bereinigung der Jungfortalisten.

Gruppe Neukölln: Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr, Jugendheim, Tegelstr. 10, Tegel. Gruppe Baumgarten: Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr, Helmstr. 16, Prenzlauer Berg.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Bezirk Friedrichshagen: Donnerstag, 5. Dezember, 19 Uhr, Reichshofstr. 10 im Jugendheim Hindenburgstr. 3. Alle Gruppen müssen teilnehmen.

Geburtsstage, Jubiläen usw.

- 25. Vgl. Halbes Meer. 19 1/2 Uhr, Geburtstag des besten Soldaten. 26. Vgl. Charlottenburg. Halbes Meer. 19 1/2 Uhr, Geburtstag des besten Soldaten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 28. Vgl. Am Sonntag, 1. Dezember, verstarb unter Mitglied der Verbandsgemeinschaft Richard Richter, Reichshofstr. 16. Einsegnung am Donnerstag, 3. Dezember, 19 1/2 Uhr, Grottelstr. 10. Teilnahme erwünscht.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). Vorwiegend milde mit Nebel- und Regen, wenig geänderte Temperaturen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Erdbeerenstr. 27-28, Hof 2. 2. Vgl. 19 1/2 Uhr im Jugendheim, Hindenburgstr. 3.

Sozialer Arbeiter-Abend. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Reichsbanner der Arbeiterbewegung. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Der Sozialistenverein 'Die Arbeiter'. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Arbeiter-Seminar. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 4. 12. Staats-Oper Unter d. Linden. A-V 260 20 Uhr. Schwanda der Budasackpfeifer.

Mittwoch, 4. 12. Stadt. Oper. Turandot. 19 1/2 Uhr. Die Gezeichneten.

Staats-Oper. Am P.L. Republik. Vort. 9 20 Uhr. Salome.

Stadt. Schauspiel. an Gendarmenmarkt. A-V 237 20 Uhr. Don Carlos.

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr. Des Kaisers Soldaten.

Volksbühne. Theater am Blüppel. 8 Uhr. Uraufführung. Dreyfus.

SCALA. Tägl. 2 Vorst. 8 u. 11 1/2 Uhr. Pinau-S.M. Wochentg.: 5 u. 8 PL-3 M.

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr. Des Kaisers Soldaten.

PLAZA. Tägl. 5 u. 8 1/2. Sonntag, 2, 3 u. 8. Alex. E. 4. 5066.

Theater am Schillerplatz. 8 1/2 Uhr. Pennäler.

CASINO-THEATER. Lothring. Straße 97. Der neue Schlager! Familie Hannemann.

Kleines Theat. Merkur 1624. Täglich 8 1/2 Uhr. Max Adalbert.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS. 8 Uhr. 3 Musketeiere. Regie: ERIK CHARELL.

Zentral-Theater. Alte Jakobstr. 32. Gastspiel d. Th. d. Westens. Täglich 8 1/2 Uhr. Friederike.

ROSE-THEATER. Gr. Frankfurter Straße 133. Täglich 8 1/2 Uhr. Pariser Blut.

Renaissance-Theater. Heute und morgen geschlossen! Freitag 7.30 Uhr. Premiere. Pariser Leben.

Auskunft über Einreisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach Canada durch Norddeutscher Lloyd Bremen und seine sämtlichen Vertretungen.

Barnowsky-Bühnen. Theater in der Königgrätzer Straße. Täglich 8 1/2 Uhr. Die erste Mrs. Selby.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54. Vater sein, dagegen sehr.

Berliner Theater. Dönhoff 170. 8 1/2 Uhr. Resonanz für Herrn Gaston.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todessanzeigen.

Theater d. Westens. Tägl. 8 1/2 Uhr. Marietta.

Minna Nitz. 6. Juli 1891. Die Verlobung findet am Donnerstag, 6. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Restaurant Grottelstr. 10.

Richard Kirchner. infolge Herleidens. Während seiner Tätigkeit als Angestellter in der Bauergewerkschaft Berlin hat er innerhalb der Organisation für die Interessen der Bauergewerkschaft gewirkt.

Musikinstrumente. 75 Jahre Quantz. 1826. 1826. 1826. 1826.

Verkäufe

- Reichsbanner. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Möbel

- Wohlfühl. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Bei Rheumatismus Zinsser-Tee!

Aus 25 000 Anerkennungen: Vollständig geheilt! Ich kann Ihnen zu meiner Zufriedenheit mitteilen, dass mir Zinsser-Tee Nr. 35 tadellos geholfen hat.

Radio

- Knaben, Gedächtnis, Reiner 4.40. 5.00. 6.00. 7.00. 8.00. 9.00. 10.00. 11.00. 12.00.

Fahrräder

300 gebraucht. 15.00. 20.00. 25.00. 30.00. 35.00. 40.00. 45.00. 50.00.

Kaufgesuche

Bahnhof. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Unterricht

Schönherberg. 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).

Verschiedenes

Genossen, nur die Mitglieder! 19 1/2 Uhr, im Hotel Grottel, 19 (früher Neuk.).